

Das offizielle Mitgliedermagazin der CDU Baden-Württemberg



CDU-Kreisverband Ortenau



Stächele und Gentges für Landtagswahl 2021 nominiert

Die Mitglieder in den Landtagswahlkreisen haben die bisherigen Landtagsabgeordneten Willi Stächele und Marion Gentges mit großer Mehrheit auch als Kandidaten für die Wahl 2021 nominiert. Willi Stächele erhielt über 97 % der Stim-

men bei der Versammlung in Renchen-Erlach. Zweitkandidatin im Wahlkreis Kehl wurde Rosa Karcher.

Zu Gast bei dieser Nominierungsversammlung war die Präsidentin des Departementes von Haut-Rhin, Brigitte Klinkert.

Für Marion Gentges stimmten in Ringsheim mehr als 94 %. Ulrike Schmidt ist ihre Ersatzbewerberin 2021. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, motivierte die CDU-Mitglieder hier zu einem engagierten Wahlkampf.

CDU Baden-Württemberg



Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

- » Armin Laschet MdL – Seite 4
- » Friedrich Merz – Seite 4
- » Dr. Norbert Röttgen MdB – Seite 5

CDU Baden-Württemberg



Der richtige Weg aus der Corona-Krise

- » Sich nah sein, ohne am selben Ort zu sein: Erstes Digitales Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg – Seite 30
- » Thomas Bareiß: „Unsere Zukunft wird im Mittelstand gemacht: Mit Stärke aus der Krise“ – Seite 6
- » Dr. Susanne Eisenmann: „Behutsam zu mehr Normalität“ – Seite 7

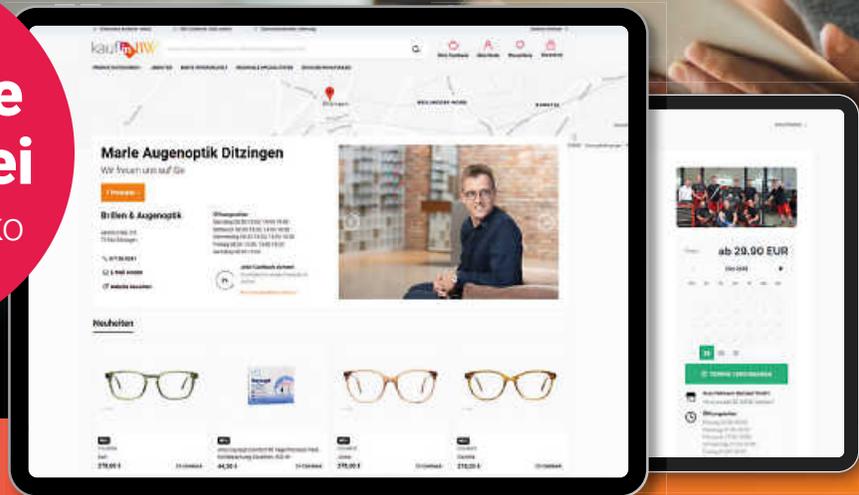
Ein Produkt von



Bringen Sie Ihr Geschäft wieder auf Hochtouren!

Mit kaufinBW, dem Online-Marktplatz für lokale Unternehmen aus Baden-Württemberg.

**3 Monate
kostenfrei**
und ohne Risiko



kaufinBW

**Online-Marktplatz · Unternehmensprofil · Gutscheinverkauf
Terminbuchungstool · Print- & Onlinewerbung**

Getreu unseres Mottos „Heimat stärken“ haben wir von Nussbaum Medien für Sie ein passendes Paket für die kurzfristige und vielseitige Digitalisierung Ihres Unternehmens entwickelt. Mit kaufinBW können Sie Ihre Angebote weiter online anbieten und

ausliefern und sind über Ihre Ortsgrenzen hinaus 24/7 sichtbar. Sie profitieren zudem von der hohen Reichweite aus digitalen Medien und Lokalzeitungen der Nussbaum Medien. Gemeinsam stärken wir die Heimat.



Jetzt starten

partner.kaufinbw.de ▶



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

die Corona-Pandemie hat unsere Welt bereits seit vielen, vielen Wochen fest im Griff. Wir leben mit einer Situation, die die meisten von uns sich so niemals hätten vorstellen können. Die letzten Wochen waren eine unglaubliche Belastungsprobe. Wochenlang hatten unsere Schulen und Kindertagesstätten praktisch komplett geschlossen, viele von Ihnen waren im Homeoffice, Abstand halten ist das neue Gebot der Stunde, der Mundschutz ist unser neuer stetiger Begleiter und unser Gesundheitssystem hat Außergewöhnliches geleistet. Wir haben zum Beispiel das Osterfest im April nur sehr eingeschränkt feiern können. Mir hat es sehr gefehlt, wie in all den vielen Jahren zuvor die gewohnten Gottesdienste am Karfreitag und Ostersonntag zu besuchen. Die ganze Bevölkerung musste schwere Einschränkungen hinnehmen – und sie tat das in Baden-Württemberg zum allergrößten Teil sehr vernünftig und diszipliniert.

Wir halten zusammen!

Die letzten Wochen haben ganz deutlich gezeigt, dass wir zusammenstehen, dass wir diese noch nie dagewesene Herausforderung gemeinsam angehen. Baden-Württemberg ist ein Land mit einem Bindestrich. Und diese Verbindung, diesen Zusammenhalt leben wir hier – das haben die letzten Wochen eindrucksvoll gezeigt. Wir haben für unsere Nachbarn, Freunde und auch bis dahin völlig Unbekannte eingekauft oder sie auf andere Weise unterstützt, haben unseren Landwirtinnen und Landwirten bei der Ernte geholfen, haben nicht am selben Ort aber trotzdem gemeinsam musiziert. Diese unzähligen Alltagshelden waren es, die während dieser ganzen Zeit immer Hoffnung und Zuversicht gegeben haben. Nicht zu vergessen, all jene, die hauptberuflich unter den außergewöhnlichen Corona-Bedingungen Großartiges geleistet haben. Und Ihnen allen möchte ich daher an dieser Stelle auch meinen großen Dank aussprechen!

Im Umgang mit Corona gab es keine Blaupause, wir mussten jeden Tag aufs Neue völlig neue, völlig andere Fragestellungen

klären und mit den Herausforderungen umgehen. Ich bin mir aber sicher, dass wir in Baden-Württemberg und ganz Deutschland auf einem guten Weg sind, um in eine neue Normalität zu gehen – keine Normalität ohne Corona, sondern eine Normalität mit Corona. Besonders wenn wir in andere Länder schauen, und sehen, was alles hätte passieren können, bin ich umso dankbarer, wie wir hier mit dieser Lage umgegangen sind.

Umsicht und Besonnenheit an erster Stelle

Corona – auch wenn das Virus scheinbar immer weniger präsent ist – geht nicht einfach so von heute auf morgen weg. Wir werden mit Corona leben müssen, jedenfalls bis ein wirksamer Impfstoff gefunden wurde. Deshalb auch mein Wunsch und mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, diesen Erfolg, unseren Umgang mit dieser Lage, zu erhalten. Freilich, nicht jeder muss so besorgt sein wie die Regierung, wie wir Politiker – aber es wäre naiv, wenn wir nicht diese Umsicht und Besonnenheit an erste Stelle rücken würden.

Mitte Juni kam als ein wichtiges Instrument auch die Corona-App auf den Markt. Die Corona-Warn-App hilft uns festzustellen, ob wir in Kontakt mit einer infizierten Person geraten sind und daraus ein Ansteckungsrisiko entstehen kann. So können wir Infektionsketten schneller unterbrechen. Und ich möchte Sie alle an dieser Stelle dazu aufrufen, sich diese App zu installieren – falls Sie das noch nicht getan haben. Ich selbst habe die Anwendung gleich am ersten Tag auf mein Smartphone geladen.

Unser Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung

Ein enorm wichtiges Frühwarnsystem ist unser Verfassungsschutz. Im Juni habe ich in Stuttgart den neusten Verfassungsschutzbericht vorgestellt. Unser Leben in Freiheit ist zunehmenden Belastungen und Gefahren ausgesetzt. Größte Bedrohung ist der Rechtsextremismus. Mit dem Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019 und dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019 hat sich eine Entwicklung konkre-

tisiert, vor der die Verfassungsschutzbehörden und ich selbst seit Jahren warnen.

Freilich bleibt die Bedrohung durch den islamistischen Terror weiter bestehen und der Linksextremismus ist am Erstarren. Deshalb ist so wichtig und deshalb gilt: Der Verfassungsschutz hat einen 360-Grad-Blick, um Gefahren für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung frühzeitig zu erkennen und abzuwenden.

Wir stehen hinter unserer Polizei

Die gewaltsamen Ausschreitungen, die wir in der Nacht vom 20. auf 21. Juni in Stuttgart erleben mussten, waren von einer in Baden-Württemberg bisher noch nie da gewesenen Brutalität. Und so etwas werden wir in unserem Land definitiv nicht dulden. Plünderungen, Randalen, Gewalt gegen unsere Polizistinnen und Polizisten – das geht gar nicht! Das wird mit der ganzen Härte des Rechtsstaats verfolgt. Da gilt der Grundsatz: Wehret den Anfängen! Da gilt null Toleranz!

Mehr als 280 Polizistinnen und Polizisten waren in dieser Nacht im Einsatz für unsere Sicherheit, 20 wurden auf brutale Weise verletzt. Insgesamt sind rund 24.000 Polizistinnen und Polizisten landesweit Tag und Nacht für unseren Schutz im Einsatz. Und wir wissen diesen Einsatz mehr als zu schätzen. Für uns als CDU ist ganz klar: Wir stehen vor und hinter unserer Polizei! Wir wissen, was wir an unserer Polizei haben. Wir unterstützen und respektieren unsere Polizei! Und wir sind dankbar für die Arbeit der Polizei – auch für den gefährlichen und schwierigen Einsatz in den frühen Morgenstunden des 21. Juni.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer! Und bleiben Sie vor allem gesund.

Herzliche Grüße

Ihr



Minister Thomas Strobl
Landesvorsitzender

Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

Kandidat für den Bundesvorsitz

Armin Laschet MdL



Die CDU als Motor für mehr Fairness in unserem Land

„CDU überholt die Grünen in der Wählergunst“. So titelten die Stuttgarter Nachrichten in den Tagen der Krise über die politische Lage in Baden-Württemberg. In der Krise kommt es auf die CDU an. Und wir werden unserer Verantwortung gerecht – Tag für Tag geben wir unser Bestes, um unser Land mit Weitsicht aus dieser Krise zu führen.

Die Herausforderungen waren groß und werden riesig: Die alles verändernde Digitalisierung, die beschleunigte Globalisierung, der voranschreitende Klimawandel – und nun auch noch die Corona-Pandemie. Unser Antrieb bei der Bewältigung dieser Herausforderungen ist das Ziel, dass es den Generationen nach uns einmal besser geht. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir Wohlstand, Nachhaltigkeit, Bildungschancen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden miteinander verbinden – und nicht gegeneinander ausspielen.

Unser Kompass ist und bleibt das christliche Menschenbild: Es kommt auf den Einzelnen an, der sich erst in der Gemeinschaft voll entfalten kann. Die Kernbausteine unserer Programmatik – das Christlich-soziale, das Liberale und das Konservative – haben uns schon durch manchen Sturm sicher geführt.

In der Zeit stehen, aber nicht mit jeder Mode gehen – das hat uns stark gemacht und damit haben wir Deutschland stark gemacht, im Bund wie in den Ländern. Unsere solide Haushalts- und Finanzpolitik war nicht immer beliebt, aber erst diese macht uns auch in diesen Tagen der großen Not als Staat so handlungsfähig. Mit einer konsequenten Nulltoleranzpolitik gegen Kriminalität, ob gelegen oder unlegen, schaffen wir Vertrauen in einen

starken Staat. Um unsere Unternehmen als tragende Säule unseres Wohlstands vorübergehend zu stützen, verstehen wir sie als Partner und nicht als Gegner.

Regieren heißt Entscheiden. Die CDU stellt das jeden Tag unter Beweis: Wir springen nicht auf den Zug der moralisierenden Anklagen etwa gegen die Auto-Industrie auf, sondern machen uns gemeinsam auf den Weg in eine technologieoffene, emissionsneutrale Mobilität. Wir fordern nicht nur Beauftragte oder erfinden neue Gesetze, sondern setzen mit beherrzter Entbürokratisierung und Entfesselung neue Kraft und Kreativität für moderne Lösungen frei.

Die Politik der CDU braucht für ihre breite Verankerung die konsequente Einbindung der unterschiedlichen politischen Vereinigungen in unserer Partei. Daran müssen wir arbeiten. Die CDU unternimmt jeden Tag den Versuch, unterschiedliche Interessen und Perspektiven zu verbinden und zu versöhnen.

Nur so kann gelingen, was unser Land jetzt am dringendsten braucht: eine neue Fairness zwischen Stadt und Land, Jung und Alt, Arm und Reich, West und Ost. Damit unser Land zusammenhält, in der Krise und darüber hinaus.

Armin Laschet MdL

- » Geb. 18.02.61 in Aachen, verheiratet, drei Kinder
- » Jurist, Journalist, ehem. MdB und MdEP
- » 2005 bis 2010 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration
- » Seit 2010 MdL, 2013 bis 2017 Fraktionsvorsitzender
- » Seit 2012 CDU-Landesvorsitzender und stv. Bundesvorsitzender
- » Seit 2017 Ministerpräsident

Kandidat für den Bundesvorsitz

Friedrich Merz



Mit unserem Parteitag in Stuttgart stellen wir die Weichen neu – inhaltlich und programmatisch, aber auch personell. Der 04. Dezember 2020 wird ein wichtiger Tag für die größte deutsche und europäische Volkspartei.

Wir haben tiefe Wurzeln und eine lange Geschichte. Beides hilft uns, auch in stürmischen Zeiten standfest zu sein und zugleich den Blick nach vorn zu richten. Als christliche Demokraten wissen wir, dass wir eine Verantwortung haben, die über uns selbst hinausreicht. Wir waren die einzige wirkliche Neugründung einer politischen Partei nach dem zweiten Weltkrieg, und wir haben unser Land geprägt wie keine zweite Partei in Deutschland.

Wenn wir diese Prägekraft auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bewahren wollen, dann müssen wir die Veränderungen unserer Welt aufmerksam wahrnehmen und zugleich den Anspruch an uns stellen, selbst aktiver Teil und Motor dieser Veränderungen zu sein. Ich sehe vor allem drei große Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen:

Der innere Zusammenhalt unserer Gesellschaften schwindet, und wir haben noch keine abschließende Antwort darauf, wie denn die Welt von morgen so gestaltet werden kann, dass Freiheit, Toleranz und Respekt, Solidarität und Gerechtigkeit auch in Zukunft die bestimmenden Werte unserer Gesellschaft bleiben. Insbesondere die Chancen für die junge Generation muss die CDU immer im Blick haben, wenn es darum geht, politische Entscheidungen zu treffen.

Der technologische Wandel beschleunigt die Veränderungen unserer Arbeitswelt in einem Ausmaß, das wir erst langsam beginnen zu verstehen. Deutschland muss unter unserer Führung auch in Zukunft ein Land der Erfinder, der Innovationen, der neuen Ideen und

Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz



der neuen Technologien sein. Der Klimawandel ist auch das Ergebnis unserer bisherigen Arbeits- und Lebensweise, und daher können wir den Gefahren des Klimawandels nur mit modernster und ressourcenschonender Technologie begegnen.

Zugleich sind wir Zeitzeugen einer geradezu tektonischen Verschiebung der politischen und ökonomischen Machtzentren auf der Welt. Die Europäische Union steht vermutlich vor ihrer größten Bewährungsprobe seit der Gründung. Die CDU muss die Europapartei in Deutschland bleiben und mit dafür Sorge tragen, dass Europa „weltpolitikfähig“ wird, das heißt Schritt halten kann mit den Entwicklungen, die ohne eine starke und geschlossene Haltung der Europäer schon mittelfristig unseren Wohlstand ebenso gefährden können wie unsere Freiheit und unsere Demokratie. Das Vertrauen, dass die CDU diese Aufgaben annimmt und lösen kann, müssen wir uns immer wieder von Neuem erarbeiten. Dafür stellen wir in Stuttgart im Dezember 2020 die Weichen.

Friedrich Merz

- » Geboren am 11.11.1955 in Brilon / Westfalen, verheiratet, drei Kinder
- » Rechtsanwalt, ehem. MdEP und MdB
- » 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- » 2009 bis 2019 Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V.
- » 2005 bis 2014 Partner der Internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP, Chicago/Düsseldorf; seit 2014 Senior Counsel bei Mayer Brown LLP
- » Seit 2019 Vizepräsident des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Kandidat für den Bundesvorsitz

Dr. Norbert Röttgen MdB



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde!

Die CDU hat sich in der Corona-Pandemie des Jahres 2020 bewährt. Dadurch ist Vertrauen wieder entstanden, das uns die Chance gibt, Deutschland auf allen Ebenen im Sinne christlich-demokratischer Werte zu prägen. Wir müssen nun dafür arbeiten, dieses Vertrauen zu erhalten, und wir müssen für unsere Ziele kämpfen. Das gilt allem voran für unser Selbstverständnis und für unser strategisches Ziel, die – inzwischen einzige – Volkspartei in Deutschland zu bleiben. Dies erfordert eine kompromisslose Abgrenzung nach links und rechts. Allen Bürgerinnen und Bürgern, die diese Grenze mit uns akzeptieren, machen wir ein politisches Angebot aus unseren christlich-demokratischen Werten heraus für die modernen Fragen unserer Zeit. Zu diesen Fragen gehören u.a. Migration und Klimawandel, die digitale Qualifikation unserer Arbeitnehmerschaft und die Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf. Als CDU müssen wir den Anspruch haben, in allen Gruppen der Gesellschaft, vor allem in allen Altersgruppen, Mehrheiten zu erringen. Um von den jungen Menschen wahrgenommen zu werden, müssen wir Teil ihrer digitalen Kommunikation werden und das beste Angebot in den Kompetenzfeldern haben, die die Zukunft entscheiden: Innovationen, Ökologie, internationale Verantwortung.

Die Stärkung der Innovationskraft nicht zuletzt in unseren herausragenden mittelständischen Unternehmen ist die Basis für alles: unseren Wohlstand, unseren Sozialstaat und unsere internationale Stellung. Ökologie, Umwelt – und Klimapolitik sind kein Luxus in wirtschaftlich guten Zeiten, sondern sie verkörpern die Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens. Die Verbindung von ökonomischer und ökologischer Kompetenz muss unser Markenzeichen sein.

Die internationale Verantwortung Deutschlands wächst immer mehr. Das ist die Folge unserer Stabilität, des enormen internationalen Vertrauens in uns sowie des neuen Kampfes um internationale Macht. Jeder Nachfolger von Donald Trump hat es mit riesigen Herausforderungen im eigenen Land zu tun. Russland wird weiterhin keine Regeln für seinen Machtanspruch respektieren. China wird die Unterdrückung nach innen und die Machtambitionen nach außen weiter steigern. In dieser Umbruchphase steht Deutschland mit Frankreich im Zentrum der Aufgabe, die Selbstbehauptung Europas zu gewährleisten.

Die Diskussion über alle diese Fragen muss wieder in der CDU stattfinden. Eine lebendig diskutierende Partei ist eine Grundvoraussetzung dafür, in herausfordernden Zeiten die richtigen Antworten finden zu können. Genau dafür werden wir gebraucht, in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa.

Ihr Norbert Röttgen

Dr. Norbert Röttgen MdB

- » Geboren am 2. Juli 1965 (Meckenheim); verheiratet; zwei Söhne, eine Tochter
- » Rechtsanwalt, seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestags
- » 2005 bis 2009 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- » 2009 bis Mai 2012 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- » Seit Januar 2014 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

Thomas Bareiß MdB

Unsere Zukunft wird im Mittelstand gemacht: Mit Stärke aus der Krise

Liest man in diesen Tagen die Wirtschaftszeitungen, so fällt einem der Mut zum Optimismus nicht sonderlich leicht. Die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Wirtschaft und besonders unseren Mittelstand sind gravierend. Wir befinden uns in der größten Rezession, an die sich unsere Generation erinnern kann. Ich war als Mittelstandsbeauftragter in den letzten Wochen und Monaten rund um die Uhr im Einsatz, habe mit Unternehmen, Soloselbstständigen, Verbänden, den baden-württembergischen Kollegen im Landtag, im Bundestag und den Bundesministerien gesprochen und ich weiß, wie prekär die Lage für viele ist.

Aus meinen eigenen beruflichen Erfahrungen, meiner langjährigen Tätigkeit als Wirtschaftspolitiker und durch meine jetzige Funktion, weiß ich um die überragende Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland: Mehr als 99 Prozent aller Unternehmen zählen zum Mittelstand. Er reicht von Soloselbstständigen über Handwerksbetriebe, freie Berufe und Start-ups bis zu traditionsreichen Familienunternehmen. Der Mittelstand ist es, der über 80 Prozent der Ausbildungsplätze und knapp 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze stellt. Gerade in Baden-Württemberg ist der Mittelstand das wirtschaftliche Rückgrat. Bei uns arbeiten über 6,3 Millionen Menschen in der baden-württembergischen Wirtschaft, 4,3 Millionen im Dienstleistungssektor und 2 Millionen im produzierenden Gewerbe.

Bei diesen Zahlen wird klar: es steht viel auf dem Spiel. Die einzige Chance – die Krise umzukehren und gestärkt aus ihr hervor zu gehen – bedeutet gemeinsam anpacken, harte Arbeit, sinnvolle Innovation und entscheidende Investitionen in die Zukunft. Trotz vieler pessimistischer Stimmen muss man auch einmal klar sagen, dass wir in dieser Krise durchaus Handlungsfähigkeit bewiesen haben: Mit dem Konjunkturprogramm von 130 Milliarden Euro ist der großen Koalition ein wirklich großer Wurf gelungen. Es ist ein absolutes Kraftpaket und damit ein weiterer Rekord nach dem ersten Rettungsschirm mit über 150 Milliarden Euro. Es ist das umfassendste

Konjunkturprogramm seit dem zweiten Weltkrieg und soll Hebel und Impuls zugleich sein.

Das Konjunkturprogramm liefert wichtige Signale für die Wirtschaft in unserem Land und wird dem Mittelstand helfen und ihn stärken, insbesondere durch die steuerlichen Maßnahmen sowie die Absenkung der Energiekosten. Zum einen stellen wir mit der Überbrückungshilfe von 25 Milliarden Euro für den Mittelstand noch einmal weitere Hilfen für besonders betroffene Branchen bereit wie z.B. für das Hotel- und Gaststättengewerbe und die Reisebüros. Hier zahlen wir mit substanziellen Zuschüssen zu den fixen Betriebskosten dazu. Dies und andere Maßnahmen verschaffen den Unternehmen unmittelbar mehr Spielraum.

„Das Konjunkturprogramm soll ein Aufbruchpaket für unsere Zukunft sein.“

Zum anderen stellen wir die Weichen dafür, dass Mittelstand und Industrie vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen mit Volldampf aus der Krise kommen können. Beispielsweise können Investitionen schneller abgeschrieben werden. Darüber hinaus werden Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent begrenzt. Die steuerliche Forschungszulage wird noch großzügiger ausgestaltet. Wir brauchen auch in Zukunft qualifizierte Fachkräfte – weshalb wir kleine und mittlere Unternehmen finanziell mit einer Prämie unterstützen, die auch in der Pandemie weiter ausbilden. Wir erhöhen die Bemessungsgrundlage für Forschung und Entwicklung in der KfZ-Zuliefererindustrie. Nicht zuletzt entlasten wir die Verbraucher und kurbeln die Nachfrage an, etwa durch die Senkung der Mehrwertsteuer. Dieser nur kleine Ausschnitt des Paketes zeigt: Wir haben die Möglichkeiten mit den wirtschaftlichen

Herausforderungen und den Schwierigkeiten der Corona-Pandemie umzugehen und haben den Grundstein für eine wirtschaftliche Erholung gelegt.

Aber das Konjunkturprogramm soll nicht nur stärken und gestalten, es soll auch ein Aufbruchpaket für unsere Zukunft sein. Aus diesem Grund wurden nicht nur klassische Konjunkturmaßnahmen in das Aufbruchpaket mit aufgenommen, sondern vielmehr Fördermaßnahmen, die einen Modernisierungsschub auslösen sollen. Investiert werden soll in Innovationen, etwa in die Digitalisierung, die Quantentechnologie oder die Nutzung von Wasserstoff. Hierbei sehe ich in der technologischen Führungsrolle für Baden-Württemberg enormes Potential.

Wir werden die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch eine ganze Weile spüren, aber wir haben mit dem Konjunktur- und Zukunftsprogramm das Hochfahren unserer Wirtschaft mit einem Paukenschlag eingeleitet.



Thomas Bareiß MdB ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Als Tourismusbeauftragter der Bundesregierung sowie Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand kennt er die unterschiedlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf unser Land. Bareiß ist Bezirksvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

Die Spitzenkandidatin

Dr. Susanne Eisenmann

Behutsam zu mehr Normalität

Erfolgreich haben wir die Verbreitung des neuartigen Corona-Virus stark verlangsamt. Dank unseres entschlossenen Handelns als Union auf Bundes- wie auf Landesebene und unserer aller Disziplin haben wir eine Überlastung unserer Krankenhäuser mit ähnlich schlimmen Bildern wie in Italien oder Spanien verhindert. Inzwischen bewegt sich die Zahl der Neuinfektionen stabil auf einem niedrigen Niveau. Das ist erfreulich und ermöglicht uns als Landesregierung schrittweise weitere Lockerungen. Allerdings dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen und leichtsinnig werden: das Virus ist nicht verschwunden. Wir befinden uns noch immer in einer außergewöhnlichen Situation, die allen Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg viel abverlangt.

Dass wir im März das öffentliche und wirtschaftliche Leben stark eingeschränkt und auch die Schulen und Kindertagesstätten geschlossen haben, waren für mich zentrale Faktoren, um die Pandemie einzudämmen. So sehr diese drastischen Schritte auch wirkten, so schwer waren sie uns aus wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Sicht gefallen.

Für mich ist sehr frühzeitig klar gewesen: Wir müssen alles daran setzen, unseren kleinen und mittleren Betrieben zu helfen und unsere mittelständisch geprägten Wirtschaftsstrukturen zu erhalten, um sie in die Zukunft überführen und Arbeitsplätze sichern zu können. Es ist sinnvoller und nachhaltiger, eine Welle der Insolvenzen zu verhindern, als nach der Krise neue Strukturen aufzubauen. Deshalb bin ich froh, dass wir als CDU – auf meine Initiative hin – einen Rettungsschirm in Höhe von 5 Milliarden Euro gegen den zögerlichen grünen Koalitionspartner durchgesetzt und aufgespannt haben. Ein Paket des Landes Baden-Württemberg für Baden-Württemberg.

Richtig gut finde ich auch das 130 Milliarden Euro schwere Paket, das der Bund geschnürt hat. Es setzt starke Anreize gegen die Rezession, beinhaltet Impulse für den digitalen und ökologischen Fortschritt, hilft vor Ort durch den Ausgleich der Gewerbesteuer-Ausfälle für Kommunen und entlastet Unternehmen

und Verbraucher, zum Beispiel bei den Stromkosten. Wir müssen nun schauen, wo und wie wir als Land dieses Paket noch klug und passgenau ergänzen können. Denn klar ist: Je mehr Unternehmen die Krise überleben und je mehr Arbeitsplätze erhalten bleiben, desto schneller kann es wirtschaftlich wieder aufwärts gehen.

Doch nicht nur die wirtschaftliche Situation hat uns in den vergangenen Monaten beschäftigt. Als Kultusministerin habe ich die Verantwortung für rund 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler und mehr als 400 000 Kinder im Kindergartenalter. Dass die Kitas und Schulen über viele Wochen geschlossen bleiben mussten und zunächst nur eine Notbetreuung möglich war, war insbesondere für Familien mit kleineren Kindern enorm belastend. Für die Kinder sind Kontakte mit Gleichaltrigen, gerade auch für die seelische Gesundheit, sehr wichtig. Auch der Unterricht vor Ort, der Kontakt mit Lehrern und die Schule als Begegnungsstätte sind nicht so einfach zu ersetzen. Dieser Aspekte bin ich mir bewusst. Doch wir haben es nun mal mit einem Virus zu tun, das sich rasant verbreitet, in manchen Fällen tödlich verläuft und über das nur wenig bekannt gewesen ist. Und der Gesundheitsschutz unserer Kinder und unserer Jugendlichen, aber auch unserer pädagogischen Fachkräfte geht vor.

Ich habe auch großes Verständnis für die Eltern, die die Belastungsgrenze durch Job und Kinderbetreuung überschritten hatten und – mitunter auch aggressiv – eine umgehende Öffnung der Einrichtungen forderten. Lieber gestern als heute. Ganz so, als gäbe es das Virus nicht (mehr). Aber es gibt eben auch andere Eltern, die Angst um ihre Kinder haben, denen die schrittweise Öffnung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu schnell geht.

Dies ist das Spannungsfeld, in dem wir uns befinden. Die Abwägungsprozesse sind schwierig. Für die Corona-Pandemie gibt es nun mal keine Blaupause. Verantwortliche Politik ist, alle Argumente anzuhören, abzuwägen und dann besonnen, klug und behutsam zu entscheiden.

Umso mehr freue ich mich, dass wir seit Ende Juni bei den Kindertagesstätten, den Kindertageseltern und Grundschulen zu einem Regelbetrieb – ohne Abstandsregelungen, aber mit festen Gruppen und einem Hygienekonzept – zurückkehren konnten. Die Grundlage für die Entscheidung, die Einrichtungen vollständig zu öffnen, bildet die Heidelberger Kinderstudie, die andere Studien aus dem In- und Ausland bestätigt hat. Sie besagt, dass Kinder bis zehn Jahren seltener mit dem Virus infiziert sind als ihre Eltern und keine besonderen Treiber des Infektionsgeschehens darstellen.

In den weiterführenden Schulen wechseln sich seit den Pfingstferien für alle Klassenstufen das Fernlernen und der Präsenzunterricht in der Schule ab. Dieses rollierende System muss leider sein, weil auf Basis der Einschätzung von Gesundheitsexperten weitere Abstands- und Infektionsschutzregeln gelten. Das Ziel von mir ist aber, nach den Sommerferien auch in den weiterführenden Schulen mehr Präsenzunterricht zu ermöglichen und möglicherweise sogar zu einem Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen zu kommen.

Solange es keinen Impfstoff gibt, müssen wir uns – in der Schule wie in allen anderen Lebensbereichen – behutsam zu mehr Normalität vorantasten. Wir müssen weitere Strategien entwickeln, wie wir neue weitreichende Infektionswellen verhindern, unsere älteren Menschen und Risikogruppen schützen und andererseits unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen nicht zerstören. Lassen Sie uns diesen Weg weiter gemeinsam gehen!

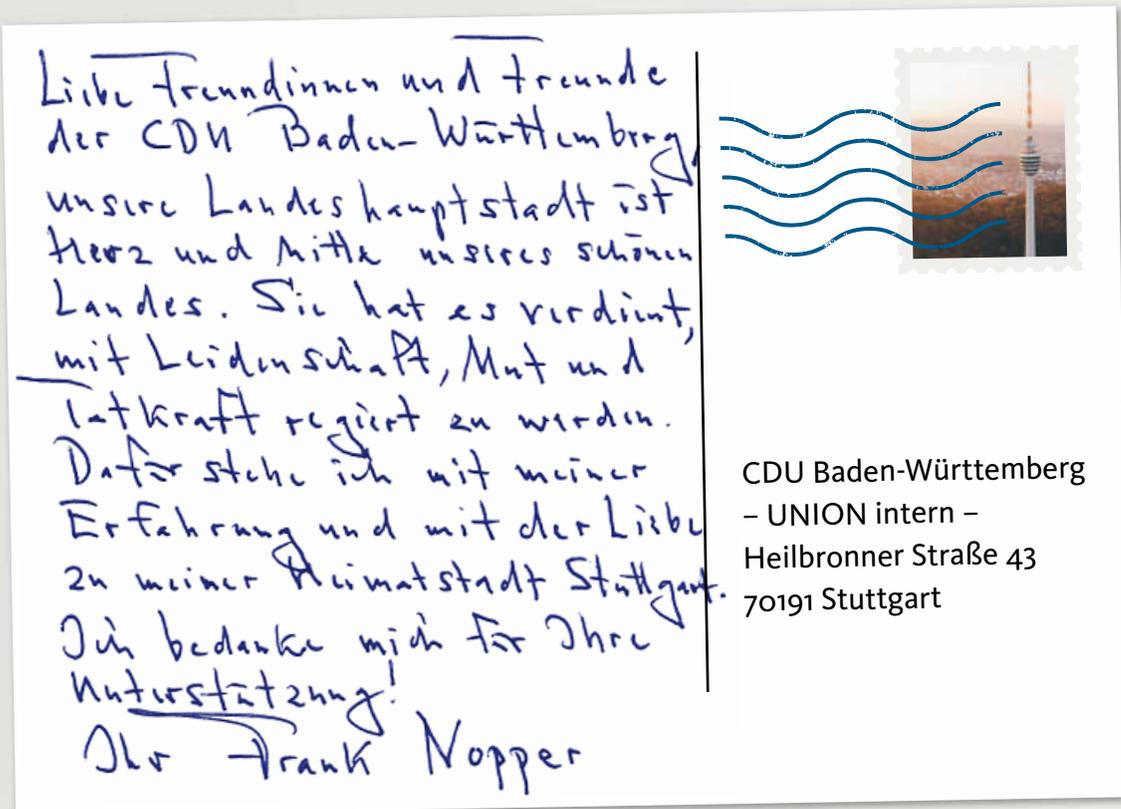


Dr. Susanne Eisenmann
ist seit 2016 Ministerin für Kultus, Jugend und Sport und unsere Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2021.

Persönliches / Aus dem Landesverband

Postkarte von...

Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper



CDU Baden-Württemberg
– UNION intern –
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart



Dr. Frank Nopper ist seit 2002 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Backnang. Er wurde 2010 mit 86,8 % und 2018 mit 87,1 % im Amt bestätigt. Das in Stuttgart geborene und aufgewachsene CDU-Mitglied kandidiert im November 2020 bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Das **Spendenkonto** des CDU-Kreisverbandes Stuttgart bei der Baden-Württembergischen Bank für die OB-Wahl 2020 lautet: DE 41 6005 0101 0405 3305 02 (Spendenbescheinigung möglich).

Gespräch der CDU Baden-Württemberg mit Vertretern von DGB und IG Metall

Arbeitsplätze sichern und zukunftsfest machen

Mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft haben sich der Landesvorsitzende, Minister Thomas Strobl, und der Generalsekretär, Manuel Hagel MdL, mit dem Vorsitzenden des DGB-Bezirks Baden-Württemberg, Martin Kunzmann, dem Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, Roman Zitzelsberger, und der Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Stuttgart, Nadine Boguslawski, zu einem Gespräch getroffen. Teil des Gesprächs, das im Willi-Bleicher-Haus stattfand, war zudem eine Solidaritätsbekundung der beiden Politiker angesichts des extremistischen Anschlages auf das DGB-Gebäude wenige Tage zuvor.

„Mit der Corona-Krise stehen wir im Hinblick auf die Arbeitswelt vor großen Herausforderungen. Bei der Beantwortung dieser Fragen zur Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts haben die Gewerkschaften eine

wichtige Funktion. Sie setzen sich im Sinne des christlichen Menschenbildes für faire und gerechte Arbeitsbedingungen für möglichst viele Beschäftigte in unseren Unternehmen ein“, so die beiden Politiker übereinstimmend.

Im Fokus des Gesprächs standen daher die mittel- und langfristigen Folgen der Corona-Krise für die Wirtschaft und deren Beschäftigte. Ein Schwerpunkt war die für Baden-Württemberg so wichtige Automobil- und Zulieferindustrie. „Das vom Koalitionsausschuss des Bundes beschlossene Kraftpaket ist ein großer Wurf von historischem Ausmaß. Damit haben wir einen guten Weg eingeschlagen, den wir nun konsequent und klug mit Blick auf unsere konkreten Bedürfnisse in unseren Schlüsselindustrien wei-



tergehen und ergänzen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten wollen wir in den Unternehmen alles für den Erhalt der Arbeitsplätze tun“, sagte Thomas Strobl.

Manuel Hagel MdL betonte: „Eine Krise löst man mit Handlungsfähigkeit und Optimismus. Daher haben wir bereits die Beratungen auf Landesebene aufgenommen, um das Kraftpaket des Bundes in Baden-Württemberg bestmöglich zu ergänzen.“

Überragende Zustimmung bei der Nominierungsversammlung der CDU im Wahlkreis 52 für Willi Stächele und Rosa Karcher

Bei der Nominierungsversammlung der CDU für die Landtagswahl 2021 wurden Willi Stächele und Rosa Karcher mit überragender Mehrheit als Kandidaten nominiert. Die Versammlung fand unter der souveränen Leitung des Kreisvorsitzenden der CDU Ortenau und Staatssekretärs im Kultusministerium Volker Schebesta statt.

Von den zahlreich anwesenden Mitgliedern stimmten 97,3% für den Kandidaten Willi Stächele und 93,6% für die Zweitkandidatin Rosa Karcher. Sichtlich zufrieden waren dann auch beide Nominierten über dieses hervorragende Ergebnis.

„Ich freue mich sehr, dass sich die Präsidentin der Landfrauen Südbaden, Rosa Karcher aus Oberachern bereit erklärt hat, als meine Zweitkandidatin anzutreten“, so Willi Stächele bei seiner Vorstellungsrede, „gleichzeitig gilt mein Dank aber auch meiner bisherigen Zweitkandidatin Sonja Schuchter, die nach der Wahl zur Bürgermeisterin in Sasbachwalden nicht mehr zur Verfügung stand“.

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im digitalen Zeitalter zu erhalten und die EU im weltweiten Wettbewerb zu stärken, nannte Stächele die zwei herausragenden Aufgabenstellungen in den kommenden Jahren. Er sehe sich weiterhin als Anwalt der Region und

werde sich weiterhin für die Interessen des Wahlkreises einsetzen. Als Schritt in die richtige Richtung nannte Stächele den Zuschlag für großflächige Kommunen mit relativ kleinen Einwohnerzahlen beim kommunalen Finanzausgleich, die Landarztquote beim Medizinstudium und die Erhöhung der Förderung für den weiteren Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum.

Nach der Wahl von Willi Stächele und Rosa Karcher durften die Teilnehmer der IVersammlung einen sehr interessanten Vortrag der Präsidentin des Departementsrats Haut-Rhin, Brigitte Klinkert, hören. Brigitte Klinkert, die Enkelin des früheren Oberbürgermeisters von Colmar, Joseph Rey, brach dabei eine Lanze für die deutsch-französische Aussöhnung und trat sehr engagiert für den europäischen Gedanken ein. Aus erster Hand informierte Brigitte Klinkert über die neue Euro-Region Elsass, die ab 2021 wie-



von links: Kreisvorsitzender Volker Schebesta, Präsidentin Brigitte Klinkert, Kandidat Willi Stächele und Zweitkandidatin Rosa Karcher.

der eine eigenständige Gebietskörperschaft für das gesamte Elsass bringen wird.

Bei seinem Schlusswort bedankte sich dann Willi Stächele auch für das hervorragende Ergebnis und für die Unterstützung seiner Arbeit durch die Einwohner in seinem Wahlkreis. „Alleine kann ich wenig ausrichten, aber gemeinsam finden wir deutlich mehr Gehör. Und diese Art der politischen Arbeit will ich auch in Zukunft fortsetzen“, so Willi Stächele abschließend.

Die Landtagsabgeordnete Marion Gentges ist zur Kandidatin für den Wahlkreis Lahr für die Landtagswahl im kommenden Jahr gewählt worden.

Gentges wurde mit einem überwältigenden Ergebnis von über 94% der abgegebenen Stimmen durch die CDU-Mitglieder aus dem Wahlkreis Lahr als dortige Spitzenkandidatin aufgestellt. In Ihrer Nominierungsrede formulierte sie die klaren Ziele, als Partei im nächsten Jahr die Ministerpräsidentin zu stellen sowie das Direktmandat im Wahlkreis zurückzugewinnen. Der Gedanke der Union, des Zusammenhalts, müsse in den nächsten Wochen und Monaten wieder größere Bedeutung erfahren, indem Entscheidungen auf Grundlage tragender Werte vernünftig getroffen werden sollten. Genau darin sehe sie ihre Aufgabe. Marion Gentges gehört seit dem Jahr 2016 dem baden-württembergischen Landtag an,

wo ihre Themenschwerpunkte Wissenschaft, Forschung und Kunst sind. Darüber hinaus trägt sie außerdem Verantwortung als Mitglied des Vorstandes der CDU-Landtagsfraktion sowie Präsidentin der Musikhochschulen in Baden-Württemberg. Ersatzkandidatin von Marion Gentges wurde mit einem Ergebnis von 89% die Ettenheimer Lehrerin Ulrike Schmidt.

Marion Gentges (Mitte rechts) nach ihrer Nominierung mit Zweitkandidatin Ulrike Schmidt (Mitte links), dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (rechts) und dem Kreisvorsitzenden Volker Schebesta



Ausbreitung des Corona-Virus gebremst



Die Ausbreitung des Corona-Virus in Europa und die Gefahr der Überlastung des Gesundheitssystems auch in Deutschland haben zu einschneidenden Maßnahmen veranlasst, die sich noch Anfang des Jahres kaum jemand hatte vorstellen können. Damit ist es aber gelungen, das Infektionsgeschehen in Deutschland deutlich zu bremsen. Nach dem exponentiellen Anstieg der Zahlen im März konnte dafür gesorgt werden, dass die Kapazitäten für

Intensivmedizin und Beatmung ausgereicht haben – auch wenn sie Ende März / Anfang April an einzelnen Standorten z.B. in Baden-Württemberg ausgelastet waren und teilweise mehr dieser Betten gebraucht wurden, als im Regelbetrieb zur Verfügung stehen. Zu dieser positiven Entwicklung haben die Bürgerinnen und Bürger beigetragen, die mit einem Höchstmaß an Eigenverantwortung Kontaktverbote, Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten haben.

Damit war auch unsere Parteiarbeit eingeschränkt. Veranstaltungen und Sitzungen konnten nicht mehr durchgeführt werden. In einigen Verbänden haben stattdessen Telefon- oder Videokonferenzen stattgefunden – intern oder öffentlich, zum Teil mit Politikern als Referenten. Auch der Kreisvorstand der CDU Ortenau hat sich so mehrfach über die allgemeine Lage, politische Themen und Fragen der Parteiarbeit ausgetauscht.

Die Maßnahmen haben alle betroffen – die Auswirkungen vor allem auch Unternehmen und Selbständige sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mit entschlossenem Handeln durch Entscheidungen wie zur Kurzarbeit, zu Soforthilfen für die Wirtschaft und zuletzt einem beispiellosen Konjunkturpaket hat die Politik reagiert. Das Agieren von Uni-

ons-Politikern findet dabei besondere Anerkennung und die CDU steht in Umfragen wieder sehr gut da!

Von Anfang an war klar, dass es einfacher ist, die Entscheidung über Einschränkungen zu treffen, als die über Öffnungen. Deshalb wird dabei viel über Einzelheiten diskutiert. Bisher hat der Kurs auch mit Lockerungen, die noch Ende April für den Monat Juni fast ausgeschlossen schienen, die Infektionszahlen nicht nach oben gehen lassen. Das Virus ist aber weiterhin präsent und deshalb gilt es, vorsichtig zu bleiben!

Wir werden in der Parteiarbeit weiterhin die neuen Mittel und Wege anbieten und die Möglichkeiten von Lockerungen dann auch für Veranstaltungen nutzen. Helfen Sie durch Einbringen Ihrer Meinung und durch Vermittlung unserer Politik mit, dass die CDU weiterhin gut dasteht. Das ist eine wichtige Grundlage für die Wahlen im nächsten Jahr zum Landtag und zum Bundestag!

Bleiben Sie und Ihre Familien aber vor allem gesund!

Ihr
Volker Schebesta
Kreisvorsitzender



Stahlbau + Hallenbau
Lager + Fördertechnik
CNC-Brennen, Bohren, Sägen
Autokranddienst
Schweißfachbetrieb nach DIN EN 1090



Brambachstraße 8
77723 Gengenbach
Tel. 0 78 03/93 34 0
Fax 0 78 03/93 34 34
info@stahlbauschaub.de
www.stahlbauschaub.de

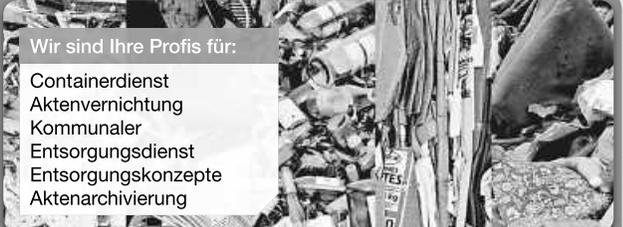


MITTELBADISCHE ENTSORGUNGS- UND RECYCLINGBETRIEBE GMBH



Wir sind Ihre Profis für:

- Containerdienst
- Aktenvernichtung
- Kommunaler
- Entsorgungsdienst
- Entsorgungskonzepte
- Aktenarchivierung



Mittelbadische Entsorgungs- und Recyclingbetriebe GmbH
Neulandstraße 9 · 77855 Achern
Tel. +49 (0) 7841/687-0 · Fax +49 (0) 7841/687-70
E-Mail: info@merb.de · www.merb.de

■ GEMEINSAM FÜR DIE UMWELT ■
Mein Entsorgungs- und Recycling-Berater

EU Aufbauplan nach der Corona-Krise



Andreas Schwab im Plenum zur Corona-Krise

Die Vorschläge von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen für einen europäischen Wiederaufbaufonds und einen größeren EU-Haushalt sind ein historisches Signal der europäischen Einheit in der Coronakrise. So wird möglich, dass die enormen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise gemeinsam überwunden werden. In einigen Jahren werden wir hoffentlich auf diese Zeit zurückblicken und sagen können, dass es der Moment war,

in dem Europa näher zusammengerückt ist. Der Vorschlag zeigt, dass die Mitgliedstaaten europäische Solidarität nicht nur predigen, sondern auch leben. Europa ist in dieser globalisierten Welt nur gemeinsam stark, Deutschlands Wohlstand fußt auf einem starken Europa.

Entscheidend ist, dass die Anleihen iHv 500 Mrd nicht einfach in die nationalen Haushalte fließen, sondern kriteriengebunden für nachhaltige Investitionen verwendet werden und die Bürger sehen, dass es europäische Mittel sind. Deswegen habe ich mit anderen Kollegen an die Kommissionspräsidentin geschrieben: Wir wollen keine Eurobonds durch die Hintertür, sondern festgelegte Kriterien, die allen Bürgern in Europa zeigen, wer sich um einen gemeinsamen Wiederaufbau kümmert! Priorität

muss dabei die Überwindung der Folgen der Corona-Krise haben und nicht die Finanzierung der teilweise schon länger vorhandenen strukturellen Probleme in einigen Mitgliedstaaten. Das muss kontrolliert werden und sichergestellt sein! Gleichzeitig wünsche ich mir ein Signal, dass nicht erst ab 2028, sondern bereits gegen Ende dieser Finanzperiode mit der Rückzahlung der Gelder begonnen wird. Die Mitgliedstaaten und die Kommission müssen schon jetzt ein überzeugendes Konzept für die Rückzahlung erarbeiten und diese Herausforderung nicht erst auf das Jahr 2028 schieben.

Zum anderen möchte ich gemeinsam mit meinen Kollegen sicherstellen, dass in dieser Finanzperiode die Rechtsstaatlichkeit der Empfängerländer liegen. Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, dass wir einen Mechanismus mit realistischen Mehrheiten brauchen, der tatsächlich den Stopp von EU-Geldern möglich macht. Jetzt müssen alle Solidarität zeigen. Ein Europa, das die Krise nicht überwindet, schadet allen. Wir haben als Exportland das größte Interesse Europa jetzt zu stärken.

Grenzen öffnen, sicher!

Südbaden lag in den vergangenen Wochen wieder am Rande Deutschlands – und nicht mehr in der Mitte Europas. Klar, die Infektionszahlen im Südsachsen waren hoch, aber wir sollten die Situation analysieren und prüfen, was die Grenzschließungen vor allem zu Frankreich und der Schweiz wirklich zum

Schutz der Bevölkerung gebracht haben. Gemeinsam mit anderen Kollegen habe ich die Europäische Kommission deshalb aufgefordert, die Schengen-Regeln zu prüfen und für einen möglichen weiteren Pandemiefall anzupassen, damit wir grenzüberschreitend besser mit der Situation umgehen können.

Es kann nicht sein, dass die Staaten der EU in solchen Situation eigenmächtig und unabgestimmt handeln. Wir brauchen in der Zukunft eine viel bessere Kooperation mit unseren Nachbarn. Familien dürfen nicht einfach über Wochen voneinander getrennt werden.

Brexit-Verhandlungen stocken erheblich

Auch nach dem Abschluss der vierten Verhandlungsrunde über ein neues Abkommen mit dem Vereinigten Königreich stecken die Verhandlungen definitiv in der Sackgasse. Es ist enttäuschend, dass offenbar nicht ernsthaft daran gearbeitet wird eine gute Vereinbarung für beide Seiten zu finden. Die Übergangsphase bis zum Ende des Jahres verrinnt kontinuierlich, ohne dass wir uns aufeinander zu bewegen. Die EU ist bereit, dem Vereinigten Königreich ein wirklich großzügiges Angebot zu machen. Wir bieten ein Handelsabkommen ohne Zölle und Quoten. Das setzt jedoch voraus, dass die britische Seite unsere bewährten Sozial- und Umweltschutzstandards sowie die Regelung für staatliche Beihilfen und Besteuerung übernimmt. Das ist ein bisher nie dagewesenes Angebot

für einen Drittstaat. Das Vereinigte Königreich kann nicht auf volle Souveränität pochen und gleichzeitig einen weitreichenden Zugang zum Binnenmarkt verlangen. Es geht um fairen Wettbewerb. Denn es geht darum, wie wir auch künftig als Nachbarn, Partner und NATO-Verbündete möglichst gut und vertrauensvoll zusammenarbeiten werden. Daran muss auch London gelegen sein. Ich erwarte daher in



Brexitunterhändler Michel Barnier im Austausch mit Andreas Schwab

den verbleibenden fünf Monate, dass sich das Vereinigte Königreich bewegt und an einem ernsthaften Abkommen arbeitet.

Austausch mit Staatssekretär Steffen Bilger zu aktuellen Verkehrsprojekten

Auch wenn die Corona-Pandemie omnipräsent ist, geht die Arbeit in anderen politischen Bereichen weiter. Besonders das Thema Verkehr ist für die Region am Oberrhein von großer Bedeutung. Für den Bundestagsabgeordneten Peter Weiß (CDU) Grund genug, den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Steffen Bilger (CDU) in seinen Wahlkreis einzuladen. Im Rahmen einer Videokonferenz mit Kommunalpolitikern sowie Vertretern der Deutschen Bahn und des Regierungspräsidiums Freiburg sprachen die CDU-Politiker über wichtige verkehrspolitische Vorhaben, wie den gemeinsamen Ausbau von Rheintalbahn und A5, oder die B33-Umfahrung Haslach i.K.

Gute Nachrichten gab es beim Tunnel Offenburg. „Der Bund übernimmt die Kosten von 16 Millionen Euro, damit an beiden Eingängen des Tunnels der gleiche Lärmschutz gebaut werden kann“, berichtete Bilger. Auch Philipp Langefeld, Projektleiter Karlsruhe-Basel, zeigte sich erleichtert über die nun gefundene Einigung. Weitgehende Einigkeit zwischen den Teilnehmer herrschte darin, dass eine Beteiligung des Eisenbahn-Bundesamtes an den Sitzungen der regionalen Projektbegleitgremien wünschenswert wäre.



Im Rahmen einer Videokonferenz tauschten sich der parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium Steffen Bilger (rechts) und Bundestagsabgeordneter Peter Weiß (links) (beide CDU) mit Vertretern der Kommunen, der Bahn und des Regierungspräsidiums Freiburg über aktuelle verkehrspolitische Vorhaben aus.

zum Schutz vor Insolvenz, Kündigungen, etc. gefunden. Wir alle stehen in diesen Zeiten vor großen Anstrengungen und Herausforderungen. Mit den jetzt gefundenen und beschlossenen Regelungen sind wir auf einem guten Weg.

te Bilger die gute Nachricht überbringen, dass der Bund nach der Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) jetzt 75 Prozent der Kosten bezuschusst und nicht nur 60 Prozent, wie dies bislang üblich war.

Historisches Hilfspaket beschlossen

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

trotz der Corona Krise hat der Deutsche Bundestag beschlossen, eine verkürzte Sitzungswoche abzuhalten, in der wir zwingend notwendige Abstimmungen und Gesetze zur Eindämmung der Corona-Epidemie auf den Weg gebracht haben. Im Zentrum der Abstimmungen standen folgende vier Bereiche: 1. Gesundheit und Pflege, 2. Wirtschaft und

Arbeit, 3. Haushalt und Finanzen, 4. Justiz und Verbraucher.

Wir treffen umfassende Vorkehrungen für die Einsatzfähigkeit unserer Krankenhäuser und zum Schutz der Bevölkerung. Unternehmen und Selbständige erhalten Soforthilfen, wir erleichtern bereits bestehende Möglichkeiten wie das Kurzarbeitergeld oder weiten Befugnisse aus, damit z.B. Saisonarbeiter bei der Ernte helfen können. Zudem werden zahlreiche Regelungen zur sozialen Absicherung und

zum Schutz vor Insolvenz, Kündigungen, etc. gefunden.

Wir alle stehen in diesen Zeiten vor großen Anstrengungen und Herausforderungen. Mit den jetzt gefundenen und beschlossenen Regelungen sind wir auf einem guten Weg.

Bleiben Sie gesund und bleiben Sie bis auf unbedingt notwendige Ausnahmen zu Hause!

Ihr Peter Weiß

WERU Präzisionsdrehteileherstellung GmbH

Mit Kompetenz
zur Präzision

30 qualifizierte Mitarbeiter sichern seit über **40 Jahren** bereits in der zweiten Generation die qualitativ hochwertige Herstellung unserer Präzisionsdrehteile.

Auf der Alm 18
77743 Neuried-Ichenheim

Tel. 0 78 07/9 59 59-0
Fax 0 78 07/9 59 59-60

info@weru-drehteile.de
www.weru-drehteile.de

Gelebte europäische Solidarität

Bundestagsabgeordneter begrüßt Aufnahme von schwerkranken Corona-Patienten aus dem Elsass/Informationsbesuch in der BDH-Klinik

Am Wochenende hatten Kliniken in ganz Baden-Württemberg schwerkranke Corona-Patienten aus dem Elsass aufgenommen und ihre Behandlung übernommen. Bundestagsabgeordneter Peter Weiß begrüßt die Hilfe durch die Krankenhäuser und das Land.

„Die Aufnahme schwerkranker Corona-Patienten ist ein Zeichen gelebter europäischer Solidarität und ein Ausdruck der Freundschaft zwischen Deutschen und Franzosen. Solange das deutsche Gesundheitssystem Kapazitäten hat, sollten wir unseren Nachbarn beistehen“, so der Bundestagsabgeordnete.

Der Abgeordnete hatte sich auch bei einem Besuch der BDH-Klinik in Elzach ein Bild von der aktuellen Situation und den Vorbereitungen zur Bewältigung der Corona-Krise gemacht. Derzeit werden dort für den Fall der Fälle zusätzliche Beatmungsplätze aufgebaut. „Wir sind in der Region gut aufgestellt. Als überzeugter Europäer freut es mich, dass die Reaktion auf Pandemie nicht nur aus Grenzkontrollen, sondern auch medizinischer Hilfe besteht“, erklärt Weiß weiter.



Im Rahmen eines Besuchs der BDH-Klinik informierte sich Bundestagsabgeordneter Peter Weiß (3.v.l.) bei Geschäftsführer Daniel Charlton (4.v.l.), dem Ärztlichen Direktor Claus-W. Wallesch (1.v.l.) und Oberarzt Siegfried Buser (2.v.l.) über die aktuelle Situation und die vorbereitenden Maßnahmen. Derzeit werden dort für den Fall der Fälle zusätzliche Beatmungsplätze aufgebaut.

Durchgehende Radschnellverbindung zwischen Freiburg über Emmendingen nach Lahr

Bundestagsabgeordneter Peter Weiß setzt sich für Förderung des Projektes ein

Das Bundesverkehrsministerium hat zugesagt, sich finanziell an der Planung der 21 beziehungsweise 26 Kilometer langen Radschnellwege von Freiburg in nordöstliche Richtung bis Waldkirch sowie in nordwestliche Richtung bis Emmendingen zu beteiligen, wie Bundestagsabgeordneter Peter Weiß informiert. Das Regierungspräsidium Freiburg teilte dazu mit, dass für die Teilstre-

cken nach Waldkirch und Emmendingen die Landschafts- sowie die Straßenplanung für die Leistungsphasen 1 + 2 bereits vergeben wurden. Der Baubeginn ist schon für nächstes Jahr avisiert. Bundestagsabgeordneter Peter Weiß fordert, dass nach dem Beschluss des Bundestages, künftig auch Radschnellwege aus Bundesmitteln zu finanzieren, jetzt in seinem Wahlkreis „Nägel mit Köpfen“ gemacht werden.

Für die Fortführung der Radschnellverbindung von Emmendingen aus über Kenzingen, Herbolzheim bis nach Lahr - mit Abstecher nach Rust/Europapark - will der Regionalverband Südlicher Oberrhein eine Machbarkeitsstudie beauftragen. Hinsichtlich eines Radschnellwegs auf der Strecke Offenburg – Friesenheim – Lahr gibt es seitens etlicher Gemeinden Interesse.

Die bislang vorliegenden Rückmeldungen der Städte und Gemeinden sowie der Landkreise zu den geplanten Machbarkeitsstudien in der Region seien überaus positiv. Beim Streckenabschnitt zwischen Lahr und Emmendingen

fehlen nur noch sehr wenige Rückmeldungen. Läuft alles nach Plan erfolgt voraussichtlich noch dieses Jahr die weitere Beratung im Regionalverband und im Falle der Zustimmung die Auftragserteilung an ein Verkehrsplanungsbüro, wie Peter Weiß in einem Gespräch mit Regionalverbandsdirektor Christian Dusch erfahren konnte.

„Radschnellverbindungen bieten, insbesondere im Hinblick auf die steigende Nutzung von E-Bikes und Pedelecs die Chance, neue Reichweiten im Radverkehr und damit auch neue Zielgruppen zu erschließen“, so Bundestagsabgeordneter Peter Weiß. „Ich setze mich bei den beteiligten Kommunen und Behörden mit großer Überzeugung für die baldige bauliche Umsetzung dieser tollen Idee ein.“ Bei einem Besuch der Firma JobRad konnte der Abgeordnete zudem erfahren, dass in den Firmen der Region der Kauf und die Nutzung von Dienstfahrrädern deutlich zunimmt. „Dieser Trend zum Jobrad kann durch den Bau von Radschnellwegen zusätzlich befördert werden“, ist Peter Weiß überzeugt.



Von den Abgeordneten

Verschwörungstheoretiker wollen Land spalten

Widerspruch und Diskussionen sind der Pulsschlag unserer Demokratie. Das gilt erst Recht vor dem Hintergrund, dass viele Unternehmen mit dem Rücken zur Wand stehen. „Mich beunruhigt aber ganz besonders, dass Extremisten jedweder Couleur unter dem Deckmantel der Freiheit bei öffentlichen Demonstrationen versuchen, Stimmung gegen Staat und Politik zu machen, dafür besorgte Bürger instrumentalisieren und obendrein geltende Regeln mit Füßen treten“, sagt Thorsten Frei in einem Beitrag für die Tagesschau. Das Ziel dahinter sei die Spaltung der Gesellschaft. Dies dürfe die Gesellschaft nicht unwidersprochen und tatenlos hinnehmen. Schließlich seien die vorgebrachten Verschwörungstheorien zum Krisenmanagement der Bundesregierung verfehlt. „Die von Bund und Ländern ergriffenen Maßnahmen und Einschränkungen haben dafür gesorgt, dass Deutschland bisher besser mit der Pandemie fertig geworden ist als die meisten anderen Länder“, meinte Frei. Dafür bekomme Deutschland zu Recht sehr viel Zuspruch aus aller Welt.

Landrat Scherer bei Klinik-Reform in der Ortenau bestärkt

Beim turnusgemäßen Besuch von Thorsten Frei bei Landrat Frank Scherer in Offenburg ging es unter anderem über die im Ortenaukreis derzeit alles beherrschende Reform der Kliniklandschaft, die Umfahrung Haslach und den Glasfaserausbau. „Das Problem mit roten Zahlen in zu kleinen Krankenhäusern hatten wir im Schwarzwald-Baar-Kreis bekanntlich auch.

Aber der medizinische Fortschritt mit aufwendiger Medizintechnik macht eine Konzentration erforderlich, um den Betrieb wirtschaftlich darstellbar zu erhalten“, meinte Frei. Entsprechend hat Frei den Landrat in seinen Bemühungen bestärkt, die Krankenhauslandschaft auf vier Standorte zu reduzieren.

Er freue sich natürlich, dass das Krankenhaus in Wolfach für seine fünf Wahlkreisgemeinden im Oberen Kinzigtal erhalten bleibe. Er sehe aber auch, dass es immer schwer werde, geeignetes medizinisches Personal für den ländlichen Raum zu gewinnen. Vielfach gelinge dies nur mit ausländischen Kräften.

Dass es beim B 33-Nadelöhr Haslach endlich in Bezug auf eine Umfahrung etwas vorwärts



geht, freut den Landrat wie den Abgeordneten. Eine erste Planung liegt vor. „Die Straße muss mit Blick auf die vielen Unternehmen im Oberen Kinzigtal, deren Transporte hier täglich im Stau stehen, unbedingt gebaut werden“, fordert Frei. Nach der erfolgten Neuausschreibung für das Glasfaser-Backbone-Netz im Ortenaukreis erhofft sich auch Landrat Scherer einen deutlichen Schub.

Sechstklässler demonstrieren Willi Stächele praktischen Technikunterricht

Die beiden Landtagsmitglieder Willi Stächele und Karl-Wilhelm Röhm warfen einen Blick auf das umfangreiche Konzept der August-

Ganther-Schule, auf die Angebote, Arbeitsweisen sowie Förderschwerpunkte. Die Gäste konnten einen breiten Querschnitt der

Arbeit in den Klassen der Werkrealschule miterleben. Sei es Fremdsprachenunterricht, differenziertes Arbeiten im Mathematikunterricht sowie das praktische Arbeiten in den Naturwissenschaften. Hier konnten sich Röhm und Stächele einen Eindruck von den Kompetenzen der Fünftklässler verschaffen, die den sicheren Umgang mit dem Gasbrenner demonstrierten und stolz das Bestehen des „Gasbrenner-Führerscheins“ belegten. Praktische Lernzugänge spielen dabei eine besondere Rolle.

Schüler aus Klasse sechs erklärten die Arbeitsschritte bei der Herstellung von Postkartenhaltern aus Metall. Der konkrete Ansatz der Werkrealschule, die Schüler auf Ausbildung und weitere Schulen vorzubereiten, überzeugte. Wie vielfältig sich die Aufgaben für die Lehrer gestalten zeigten Themen, die unter den Nägeln brannten und offen angesprochen wurden, wie Bildungspolitik oder gesellschaftliche Veränderungen, die es zu berücksichtigen gilt. Die Politiker versicherten, die Anregungen mit nach Stuttgart zu nehmen.



Willi Stächele (CDU) erinnerte am Panzergraben Memprechtshofen an das Ende des Zweiten Weltkriegs und mahnt zu Gemeinsinn

„Die Grenzsperrren zu Frankreich müssen sofort beseitigt werden“

(Freistett, 5. Mai 2020). Der Landtagsabgeordnete Willi Stächele nutzte einen Besuch in Memprechtshofen zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs, um für Gemeinsinn und Frieden in Europa zu werben. „Die europäische Friedensordnung wird uns in naher Zukunft viel Solidarität abverlangen“, sagte er heute bei einem gemeinsamen Besuch mit Ortsvorsteher Andreas Pollok am „Friedhof und Gedenkstätte Panzergraben“ bei Memprechtshofen.

Angesichts der 76 Menschenleben, die in den letzten Kriegstagen am Panzergraben sinnlos geopfert wurden, müsse jeder einzelne Bürger seinen ganz persönlichen Beitrag zur Friedensarbeit auf den Prüfstand stellen. Mehr denn je gelte es heute, sich den radikalen populistischen Hasstiraden – ob im Internet oder vor der eigenen Haustür – zu widersetzen. „Nur so werden wir dem Leid gerecht, das unsere Großeltern und Eltern in zwei Weltkriegen haben ertragen müssen“, sagte Stächele.

Er blicke voller Dankbarkeit auf 75 Jahre Frieden nach dem Ende des mörderischen Zweiten Weltkriegs zurück. „Wir müssen die Zusammenarbeit am Oberrhein weiter ausbauen und nach Corona sofort einen gemeinsamen Gesundheits- und Katastrophenschutz aufbauen“, verlangte der CDU-Abgeordnete. Außerdem müssten die Grenzsperrren zu Frankreich sofort beseitigt werden, da sie keinen Sinn mehr machten.

„Nach den aktuellen Erfahrungen und in Erinnerung an die Kriegszeiten ist es wichtig, dass wir den Gemeinsinn, soziale Sicherheit und Arbeitsplätze sowie den wirtschaftlichen Erfolg auf beiden Seiten des Rheins im Mittelpunkt unserer Bemühungen halten und weiter ausbauen“, sagte Stächele. Auch müsse man denjenigen Menschen helfen, die ringsum auf dem Erdball für Gerechtigkeit, Bildung und Frieden kämpften. Zur internationalen Verantwortung Deutschlands gehöre es auch, unschuldige Menschen zu schützen.

Hintergrund: Am 8. Mai 1945 trat die bedingungslose Kapitulation der deutschen Truppen in Kraft. Dieser Tag markiert das Ende des Zweiten Weltkriegs. Am 14. April 1945 wurden in einem sinnlosen Scharmützel 27 deutsche und 49 französische Soldaten am Panzergraben bei Memprechtshofen getötet. Der „Friedhof und Gedenkstätte Panzergraben“ erinnert an dieses Ereignis.



Willi Stächele (Mdl) mit Ortsvorsteher Andreas Pollok, 1. Vorsitzender Heimatverein Memprechtshofen Dirk Wacker und Willi Kammerer am ehemaligen Panzergraben in Freistett.

Kleine Familienbrauerei, große Auszeichnungen.



Von den Abgeordneten

Vor 75 Jahren endete der Zweite Weltkrieg durch den Einmarsch der Franzosen in der Region am Oberrhein

Bundestagsabgeordneter Peter Weiß gedenkt dem millionenfachen Leid mit Haslachs Bürgermeister Philipp Saar am KZ-Außenlager Vulkan.

Bereits mehrere Tage vor der endgültigen Kapitulation des Deutschen Reiches wurde die Region am Oberrhein von den Franzosen eingenommen. Vor 75 Jahren überquerten die französischen Streitkräfte den Rhein bei Karlsruhe und marschierten anschließend südwärts. Nach fast sechs Jahren des blutigsten Krieges der Menschheitsgeschichte wurden heute, am 21. April, vor 75 Jahren die Menschen der Stadt Haslach im Kinzigtal befreit. Zusammen mit Haslachs Bürgermeister Philipp Saar gedachte Bundestagsabgeordneter Peter Weiß den Opfern des Zweiten Weltkriegs am Außenlager Vulkan des KZ Natzweiler-Struthof. Dieses befand sich von September 1944 bis April 1945 auf dem Gebiet der Stadt. Die Gedenkstätte Vulkan erinnert seit 1998 an die 1.700 Häftlinge aus 21 Ländern, die hier Zwangsarbeit leisteten. Über 600 von ihnen mussten monatelang unter menschenunwürdigen Bedingungen in Stollen leben. Hunderte überlebten diese Zeit nicht.



Bundestagsabgeordneter Peter Weiß (links) und Haslachs Bürgermeister Philipp Saar vor dem Mahnmal der Gedenkstätte Vulkan.

„Ich bin froh, dass sich hier Menschen gefunden haben, die diesen Ort des Erinnerens geschaffen haben und so auch heute noch daran mahnen, welch großes Unrecht vor vielen Jahren hier geschehen ist. Das unglaubliche Leid darf nie vergessen werden“, sagte Bürgermeister Philipp Saar. „75 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges ist ein Anlass der Erinnerung an die vielen Toten und Opfer. Aber es ist

auch ein Tag, an dem wir an 75 Jahre Aufbau einer neuen Gesellschaft, Demokratie, Freiheit und Zusammenarbeit in Europa denken“, so Peter Weiß. „Es ist Auftrag der politischen Verantwortlichen, aber auch jeder Bürgerin und jedes Bürgers, für die Zukunft Frieden, Freiheit, Demokratie und die Zusammenarbeit der Völker in Europa zu bewahren und fortzuentwickeln.“

26. März 2020 - 25 Jahre Grenzöffnung F-D

GRENZÖFFNUNG VOR 25 JAHREN - Eine Gruß von Baden ins Elsass !

Liebe Freundinnen und Freunde im Elsass, in herzlicher Verbundenheit und Solidarität wollen wir euch grüßen. Wir wünschen uns gemeinsam die Kraft, diese Corona-Krise zu bewältigen und bleiben voller Zuversicht. Die Corona-Krise kam und die Grenzbäume wurden wieder hochgezogen. Grenzkontrollen nun an dem Tag, da wir das 25-jährige Jubiläum der Grenzöffnung zwischen Frankreich und Deutschland feiern könnten. Das ist bitter und zeigt uns, dass wir unser Ziel eines gemeinsamen Lebensraumes am Oberrhein noch nicht erreicht haben.

Die fehlende Information für Frankreich vor deutschen Grenzkontrollen und Grenzschließung war nicht „Germany first im Ernstfall“, - das war politische und behördliche Unzulänglichkeit ! Pardon !

In der Krise, im Kampf um Gesundheit und Arbeitsplätze wieder getrennt. Das darf nicht sein, darf uns nicht ruhen lassen! Zum Glück können wir mit einigen Klinikbetten im Badischen dem schwerst betroffenen Haute - Rhin ein wenig helfen. Sofort nach der Krise müssen wir mit neuem Ehrgeiz ran; Probleme und Krisen dürfen nicht mit Schlagbäumen, sondern müssen mit gemeinsamen Handeln angegangen werden. Mehr Europa am Oberrhein sofort ! Dem letzten müsste es endlich dämmern. Der 25. Jahrestag der Grenzöffnung macht uns nachdenklich, aber auch entschlossen.

Viel Kraft aber auch Zuversicht in diesen schweren Tagen !

Mit freundlichem Gruß

Willi Stächele, MdL

Vorsitzender Ausschuss Europa und Internationales Minister a.D.



Sonnenschutz und mehr

- Rollladen • Jalousien • Markisen • Fenster • Türen • Haustüren • Insektenschutz • Garagentore • Rollos • Vertikal-Jalousien • Innen-Jalousien • Falstores • Flächenvorhänge • Überdachungen • Vordächer • Sonderanfertigungen

ROTTENECKER GMBH

Weingartenstraße 121
77654 Offenburg
Telefon: 0781 – 31892
Fax: 0781 – 38177
www.rottenecker-gmbh.de
E-Mail: info@rottenecker-gmbh.de



Über 200 Gäste bei Neujahrsempfang im Landtagswahlkreis Offenburg mit Bundestagspräsident Dr. Schäuble

Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble hat beim Neujahrsempfang der CDU im Landtagswahlkreis Offenburg dazu aufgerufen, mit Zuversicht ins Jahr 2020 zu gehen. Wenn nach Umfragen viele Menschen sagen, es gehe ihnen gut und sie würden auch für dieses Jahr keine Verschlechterung erwarten, sei es bedenklich, wenn trotzdem das Vertrauen in Politik und Institutionen abnehme. Politik sei aber nicht dafür da, jedem nach dem Mund zu reden, sondern Entscheidungen zu treffen und Richtungen vorzugeben, so Schäuble. Dabei gelte es immer wieder eine Balance z.B. zwischen Freiheit und Regeln zu finden. So müsse auch Klimaschutz betrieben werden, den es aber nicht umsonst geben werde.

Zuvor dankte Schebesta in der neuen Mönch-Richo-Halle in Gengenbach-Reichenbach in seiner Begrüßung den Kandidatinnen und Kandidaten für die vergangenen Kommunalwahlen und wünschte allen Gewählten viel Erfolg bei der Arbeit für die Kommunen. Er führte die politischen Entscheidungen der Landespolitik auf, die gerade im Wahlkreis nutzen: So wurde im Rahmen des Haushalt 2020/21 eine Einigung mit den kommunalen Landesverbänden über die Finanzbeziehungen von Land und Kommunen erzielt und es wird daraufhin künftig eine relativ große Gemeindefläche bei den Finanzzuweisungen berücksichtigt. Davon profitieren 14 der 15 Kommunen im Landtagswahlkreis. Die neue Prämie bei Abschluss einer Meisterprüfung sei eine wichti-



Bundestagspräsident Dr. Schäuble (Mitte), Volker Schebesta (rechts) und Stadtverbandsvorsitzender Michael Schüle schneiden Neujahrsbrezel an

ge Unterstützung für das Handwerk. Und mit der Verständigung auf Gesetzesänderungen zum Artenschutz konnten erhebliche negative Auswirkungen auf die Landwirte verhindert werden, so Schebesta. In seinem Ausblick für die nächsten Monate sagte er, dass die CDU für die Landtagswahl 2021 nach der Kür der baden-württembergischen Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann zur Spitzenkandidatin sehr gut aufgestellt sei und es darum gehe,

auch im Vorwahlkampf intensiv weiter für einen Wahlerfolg zu arbeiten.

Die über 200 Gäste nutzten im Anschluss die Gelegenheit zum Austausch rege. Die CDU Gengenbach mit ihrem Ortsvorsitzenden Michael Schüle hatte die Organisation übernommen. Für musikalische Umrahmung sorgte ein Klarinetten trio der Musikschule Zeno Peters mit Marie Dufner, Sophia Stange und Noel Treffinger.

Einblick in die Landespolitik

50 Personen aus dem Landtagswahlkreis Offenburg waren auf Einladung von Staatssekretär Volker Schebesta zu Besuch im Stuttgarter Landtag. Zu Beginn wurde die Gruppe

im Bürger- und Medienzentrum des Landtags vom Besucherdienst in Empfang genommen und über grundsätzliche Aspekte wie die Sitzordnung, die Zusammensetzung des

Nach einem gemeinsamen Mittagessen in Carls Brauhaus gab es eine Führung im Haus der Geschichte, bevor die Heimfahrt angetreten wurde.



Gremiums und die Arbeitsweise des Landtags informiert. Im Plenarsaal war die Sitzung schon im Gange und die Gruppe wurde Zeuge einer aktuellen Debatte über die Verkehrspolitik. Die vielen Fragen der Besucherinnen und Besucher beantwortete Volker Schebesta dann im CDU-Fraktionssitzungssaal im Haus der Abgeordneten.



Von den Abgeordneten

Die Welt, in der wir leben - die Themen, die uns bewegen

Corona - sechs Buchstaben, ein Wort, ein Virus, der Prioritäten verschiebt, der Maßnahmen auslöst, die vorher kaum jemand für realistisch gehalten hätte, der die Weltwirtschaft und unser Staatswesen auf das Äußerste fordert - ein Virus, der die Welt verändert.

Noch vor einem halben Jahr hätte niemand damit gerechnet, dass Bevölkerungsschutz, Ausgangs- und Kontaktsperrn, die Beschaffung von Atemschutzmasken und Schutzkleidung, eine Rezession kaum abschätzbarer Größenordnung und Grenzschießungen im April 2020 das Leben prägen werden.

Viele Menschen haben existentielle Sorgen, die mit nichts von dem vergleichbar sind, was ihnen im letzten Jahr noch so wichtig erschienen ist.

Die Herausforderungen sind handfester Natur und Politik und Gesellschaft müssen sich beweisen. Das tun sie auch und es zeigt sich, dass gerade die CDU dann, wenn es darauf ankommt, handlungsfähig und -bereit ist.

In kurzer Zeit werden finanzielle Spielräume

eröffnet, Hilfsprogramme aufgelegt und im laufenden Verfahren angepasst. Regierung und Opposition arbeiten ebenso Hand in Hand wie die verschiedenen Stellen staatlicher Organisation. Anfragen an Ministerien werden auch spätabends oder am Wochenende beantwortet, Anträge unabhängig von Tageszeit und Wochentag bearbeitet, Kammern und Verbände unterstützen, die Kommunen organisieren Unterstützung vor Ort.

In der Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen leisten Ärzte, Pflegekräfte und Helfer unter Inkaufnahme eigenen Risikos immens viel. In der Landwirtschaft und im Lebensmittelhandel wird die Versorgung vor Ort unter oft schwierigen Bedingungen sicher gestellt. Lehrerinnen und Lehrer stellen Aufgaben, Helfen und Unterstützen in ganz neuen Formen.

Und viele Menschen helfen anderen - als Erntehelfer, durch die Erledigung von Einkäufen für die Nachbarschaft, durch Aktionen, die zu Hause Gemeinschaftsgefühl vermitteln, die



einfach mal anrufen, um soziale Kontakte zu pflegen.

Ihnen allen will ich vor allem eines sagen: Herzlichen Dank und Vergelt's Gott!!!

Die beste Verbindung von Schönheit und Intelligenz. Unser WeberHaus.

Mein Haus. Meine Welt.

Häuser, die genau das tun, was Sie wollen. Und wann Sie wollen. Bei WeberHaus Standard. Denn mit der intelligenten Haussteuerung WeberLogic 2.0 zieht Smart-Home-Komfort gleich mit in Ihr Haus ein.

weberhaus.de

WeberHaus
Die Zukunft leben

Dollenberg

Familie Schmiederer
D-77740 Bad Peterstal-Griesbach
Fon (49) 078 06 / 78-0
Fax 12 72
www.dollenberg.de

Hotel des Jahres 2004.
Sterngekörtc Küche.
Elegante Restaurants.
Wellness-, Spa- und Beautyoase mit Erlebnisbad und Saunadorf.
Weitläufige Parkanlage.

Renchtalhütte

Röhrenbach 8
77740 Bad Peterstal-Griesbach
Fon 0 78 06 / 91 00 75
www.renchtalhuette.de

Herrlicher Blick über den Schwarzwald.
Aus Jahrhunderte altem Holz erbaut im typischen Schwarzwaldstil.
Große Panoramaterrasse.
Täglich geöffnet ab 11 Uhr.
Ganztägig warme Küche.
Original Schwarzwälder Spezialitäten wie der Renchtäler Vesperkorb, geschmorte Rippe, Fleischküchle, Spiegeleier im Kächele, Flammkuchen...

Andreas Jung MdB beim „Politischen Aschermittwoch“ der CDU Ettenheim

Zum traditionellen „Politischen Aschermittwoch“ mit Heringsessen hatte die CDU Ettenheim alle Ortsverbände des Südbezirks eingeladen und es kam eine stattliche Anzahl von über 60 Personen zusammen. Als prominenter Redner war trotz widriger Wetterbedingungen der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion Andreas Jung MdB vom Bodensee angereist und traf auf ein sehr interessiertes Publikum. Um diesem die Chance auf viele Fragen zu geben, berichtete Jung nur kurz über die allgemeine Situation in



Berlin und den anstehenden Wechsel an der Spitze der CDU, ohne eine eigene Präferenz

der Kandidaten abzugeben. Die CDU befindet sich nach den Landtagswahlen in Thüringen und dem angekündigten Rücktritt der

Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer in einer schwierigen Situation. Zuweilen ent-

steht der Eindruck, dass „die CDU nicht mehr weiß was sie ist und was sie will“, wurde die aktuelle Ausgabe der Wochenzeitung Die ZEIT zitiert. Und gegen die verbalen und physischen Gewalttaten der rechten Szene gibt es immer noch nicht adäquate und erfolgversprechende Antworten. Jung erinnerte, dass „eine Demokratie nicht selbstverständlich ist, es braucht auch Demokraten, die sie tragen.“ Nach über einer Stunde Fragen und Antworten resümierte Jung, dass es für die Zukunft wichtig sei, dass die CDU durch die Wahl des neuen Vorsitzenden ihre Position in der Politik wieder tatkräftig vertritt, die

Menschen dabei mitnimmt und das verlorene Vertrauen wiedergewinnt.

CDU Oppenau fordert im Zuge der Corona-Virus-Krise vor Ort sofortige Hilfsmaßnahmen für Gastronomie und Beherbergungsbetriebe

„Örtliche Steuern, Gebühren und Abgaben sollen von März bis Mai von der Stadt formlos gestundet werden. Weitere Hilfsmaßnahmen für alle Betriebe in Oppenau sind schnellstens zu prüfen. Bund und Land müssen unverzüglich Kurzarbeitergeld und Liquiditätszuschüsse gewähren.“

Die CDU Oppenau fordert sofortige Hilfsmaßnahmen für Gastronomie und Beherbergungsbetriebe. Der Tourismus breche infolge der Corona-Krise völlig zusammen, auch ortsinterne Veranstaltungen in Hotels und Gaststätten fielen nunmehr komplett aus. Die Stadt müsse daher prüfen, welche Maßnahmen sie ergreifen könne, um Liquiditätsengpässe Oppenauer Cafés, Gaststätten, Hotels und Ferienwohnungsvermieter zu vermeiden.

„Die CDU-Fraktion wird für die nächste Gemeinderatssitzung am 23. März beantragen, dass die Stadt formlos auf Antrag Grund- und Gewerbesteuer, Vergnügungssteuer, Wasser- und Abwassergebühren sowie weitere örtli-

che Abgaben der betroffenen Betriebe von März bis Mai 2020 stundet.“, betonten der CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus Schmiederer und der Ortsverbandsvorsitzende Dr. Jörg Peter. Weitere Hilfsmaßnahmen wie die

Gewährung von Kurzarbeitergeld und Zuschüssen für die Betriebe müssten ebenfalls schnellstens geprüft und auf den Weg gebracht werden. Hier seien aber Bundes- und Landesregierung gefordert.

SCHWEPA
Schwarzwälder Edelputzwerk GmbH

Prima Klima mit WDV5!

Industriestraße 10
77833 Ottersweier
Tel. +49(0) 7223/9836-0
info@schwepa.com
www.schwepa.com

Putze

Farben
Grundierung

Innendämmung
Fliesenverlegung



kauf **in** BW

Gemeinsam die Attraktivität und
Vielfalt der Region fördern

»Mit jedem Einkauf bei inhabergeführten
Geschäften stärkst du die Region und
unterstützt so den Erhalt einer bunten
und vielfältigen Innenstadt sowie
attraktiven Einrichtungen.«

Sie sind selbst ein regionaler Produzent oder Anbieter?

Bringen auch Sie Ihr Unternehmen ins Netz, präsentieren Sie sich
auf dem Marktplatz kaufinBW und profitieren Sie von vielen Mög-
lichkeiten – wir beraten Sie gerne.

Jetzt online durchstarten

partner.kaufinbw.de



NUSSBAUM

Ein Produkt von Nussbaum Medien
Weil der Stadt · St. Leon-Rot · Bad Rappenau
Rottweil · Ebersbach an der Fils · Horb

www.nussbaum-medien.de

**Dir gefällt unser Ziel?
Du hast Lust auf mehr?**

Dann werde jetzt Fan und erhalte interne Einblicke in das Projekt.



kaufinBW

CDU Oppenau trifft sich zur medialen Fraktionsitzung

Uneingeschränkte Rückendeckung für Oppenauer Kernprojekte / Fraktion erörtert Corona-Situation

Alle neun Fraktionsmitglieder konnte Fraktionssprecher Klaus Schmiederer zur ersten medialen Fraktionsitzung begrüßen, die dank einer Initiative der CDU Deutschland mit kostenfreien Lizenzen einer Konferenzplattform stattfinden konnte. „Es ist jetzt wichtig, dass wir trotz der Corona-Krise früh handlungsfähig bleiben und zu den wichtigen Themen Meinungen bilden“, so Schmiederer. Die Fraktion tauschte sich zur aktuellen Situation in Oppenau aus und erkannte eine breite Zustimmung in der hiesigen Bevölkerung für die Maßnahmen und gesellschaftlichen Einschränkungen der Bundes- und Landesregierung. Große Sorgen bereitet den Stadträten

jedoch die Auswirkungen für die Wirtschaft und die flächendeckend betroffenen Unternehmen. „Wir möchten auch die Stadtverwaltung ermutigen – im Rahmen des Möglichen – Impulse zu setzen. Unterstützung und zusätzliche finanzielle Spielräume für den Handels- und Gewerbeverein sind aktuell, aber auch bei einer Stabilisierung der Situation, wichtig um gemeinsame Aktionen vorzubereiten und das Gemeinschaftsgefühl stärken zu können“, so die einhellige Zustimmung zu den Meinungen von Astrid Huber und Stefanie Kiefer. Kai-Uwe Bartke betonte, dass es darüber hinaus wichtig ist, dass Firmen frühzeitig Signale und auch die Perspektive der Landesregierung bekommen „wie und ab wann wieder mit einer einsetzenden Normalisierung gerechnet werden kann.“

Begrüßt wurde die Einrichtung der „Fieberambulanz“ in Oberkirch, die eine Patienten-Kanalisation und damit Entlastung der Hausärzte im Renchtal erreichen kann. „Es ist sehr zielführend, dass alle Krankheitsbilder eine bestmögliche hausärztliche Versorgung genießen und gerade auch diagnostizierter Corona-Symptomatik die entsprechend notwendige Anschlußbehandlung zu teil wird“, so Ortsverbands-Vorsitzender Dr. Jörg Peter. Timo Frischmuth mahnte, dass „ohne flächendeckendere Tests momentan nur schwer das wahre Ausmaß der Pandemie erkennbar ist.“

Trotz der aktuell gesellschaftlich kritischen Gesamtsituation möchte die CDU-Fraktion der Stadtverwaltung bei den anstehenden kommunalen Großprojekten den Rücken stärken: „Wir wollen ganz klar sagen, dass wir uneingeschränkt zur begonnenen Weiterentwicklung und Großinvestition an unserer Franz-Rapp-Schule stehen, sowie zum flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung“, so Schmiederer für die Fraktion. Beim Breitbandausbau sieht Schmiederer nach überstandener Corona-Krise eher nochmals steigenden Bedarf in der Fläche durch die weitere digitale Entwicklung in den Betrieben und die Anforderungen an Home-Office – Arbeitsplätze der Arbeitnehmer. Während Andreas Schweiger von den bereits fortgeschrittenen Grabearbeiten in Ramsbach-Höfle berichtete, geht man in den Ortsteilen Lierbach und Maisach von ersten Ausschreibungen im Mai dieses Jahres aus. „Es ist völlig klar, dass es durch die Corona-Krise insgesamt zu möglichen zeitlichen Verschiebungen kommen kann, wir werden aber weiter am Ball bleiben und auch die nächsten Schritte gehen“, so Lierbachs Ortsvorsteher Matthias Fischer.

Marie-Theres Treyer informierte die Fraktion über die inzwischen bei den Eltern eingegangene – und überall begrüßte – Information zur Aussetzung des April-Einzugs für die Kindergartengebühr. Der Fraktionsvorsitzende Klaus Schmiederer wurde beauftragt für die nächste stattfindende Gemeinderatsitzung, in vorheriger Abstimmung mit der Verwaltung und der Fraktion der UWG, den gänzlichen Verzicht der Gebühren für den Zeitraum der nicht stattfindenden Betreuung zu beantragen.



kammerer[®]
Kompetenz in Gewindetechnik

**Kammerer
Gewindetechnik
GmbH**
In der Hausmatte 3
D-78132 Hornberg-
Niederwasser
Tel. 0 78 33 - 96 03-0

www.kammerer-gewinde.com

CDU Stadtverband Zell-Unterharmersbach wählt neuen Vorstand



von links nach rechts: Walter Nock, Volker Schebesta, Patrick Scherer, Gisela Scherer, Klaus-Dieter Steffan, Klaudia Grafmüller, Paul Gutmann, Tom Weber, Rainer Kälble, Michael Wurtz, Lorenz Breig. Nicht auf dem Foto sind Xaver Riehle, Stefan Polap, Gottfried Lehmann und Dino Lampl.

Generalversammlung ehrt langjährige Mitglieder des Stadtverbandes und trauert um langjähriges Mitglied Friedrich Riehle. Mit großer Mehrheit wurden die neuen Vorstandsmitglieder des Stadtverbandes in Zell-

Unterharmersbach auf der Versammlung der CDU gewählt. Vorsitzender Hannes Grafmüller ist im Amt bestätigt und führt auch künftig den Stadtverband in Zell am Harmersbach an. „Es ist schön einen so großen Rückhalt von

den CDU Mitgliedern zu bekommen. Wir werden uns weiterhin mit großem Engagement auf allen Ebenen politisch einbringen.“ So der wiedergewählte Vorsitzende, der zuvor Rechenschaft über die vergangene Periode abgelegt hatte. Darin erklärte er, dass man mit Stolz auf eine ereignisreiche und sehr aktive Amtszeit zurückblicken kann, in der neben den Diskussionen in den Regionalkonferenzen um den Bundesvorsitz der CDU, auch drei Wahlen gefallen sind. Die Bundestagswahl 2017, die Europawahl und die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg im letzten Jahr, mit insgesamt einer höheren Wahlbeteiligung, aber bei der das Ergebnis eher ernüchternd für die CDU ausgefallen sei.

„Der derzeitige bundespolitische Kurs und die klimapolitische Stimmung im Land, haben auch die Ergebnisse der CDU vor Ort nach unten gezogen. Trotz der richtigen zukunfts politischen Kommalthemen in der Stadt, ist es nicht mehr gelungen den Trend aufzuhalten.“ so der Vorsitzende in der Versammlung. Nach



Patric Scherer.

Ingenieurbüro
für Tragwerksplanung
und Bauwesen

der Berichterstattung über die einzelnen Veranstaltungen mit dem EU-Kommissaren Günther Oettinger, dem Generalsekretär der CDU Baden-Württembergs Manuel Hagel, dem Geschäftsführer der Kommunalen Eigenbetriebe BaWü Dr. Tobias Bringmann, dem Europaabgeordneten Andreas Schwab und dem Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Stefan Bilger, bedankte sich Grafmüller bei den Mitgliedern, für Ihre aktive Teilnahme und regen Diskussionsbereitschaft, die sie in den Veranstaltungen gezeigt haben.

Auch der mittlerweile zum CDU Programm des Stadtverbandes gehörende „kommunalpolitische Aschermittwoch“ mit traditionellem Fischessen, der sich am 26.02.2020 zum neunten Mal jähren wird, findet immer mehr Zuspruch in der Öffentlichkeit und unter den Mitgliedern. Als Highlight in der Legislaturperiode des Vorstandes stellte Grafmüller insbesondere den Kreisparteitag der CDU Ortenau, mit der Kultusministerin Frau Dr. Susanne Eisenmann, die Spitzenkandidatin für die CDU Baden-Württemberg im Landtagswahlkampf 2021, dar. „Wir haben Frau Dr. Eisenmann am Parteitag live erlebt und waren über Ihr Auftreten sehr positiv beeindruckt. Sie konnte uns mit ihren inhaltlichen Aussagen, aber auch mit ihrer starken Persönlichkeit überzeugen.“ Der Stadtverband hatte mit einem guten kulinarischen Angebot und der großen Gastfreundschaft bei der Ausrichtung des Parteitages, die Besucher verwöhnt und damit den Austragungsort Zell am Harmersbach zu etwas Besonderem gemacht.

„Wir haben unsere gute Stimmung unter den Vorstandsmitgliedern, auf die Gäste übertragen können!“ dankte der Vorsitzende den Helfern im Vorstand. Mit Gedenken an die verstorbenen Mitglieder Franz Alender und Ruth Lutz im letzten Jahr und vor kurzem auch das verdiente Mitglied Friedrich Riehle, der im kommenden Jahr sein siebzigstes Mitgliedsjubiläum in der CDU gefeiert hätte, ehrte die Versammlung deren Verdienste und Treue zur Partei, mit dem Versprechen sie immer in Erinnerung zu behalten.

Die Kassenprüfer schlugen nach dem Rechenschaftsbericht der Schatzmeisterin Klaudian Grafmüller die Entlastung der Kasse und des Gesamtvorstandes vor und machten damit den Weg frei für Neuwahlen. Folgende Wahlergebnisse konnten von der souveränen Zählkommission unter Leitung von Lothar Schober ermittelt werden. Der bisherige Stellvertreter, Paul Gutmann wurde wiedergewählt und der weitere stellvertretende Vorsitzende Rainer Kälble neu in das Amt gebracht. Die Schatzmeisterin Klaudia Grafmüller, die Schriftfüh-

rerin Gisela Scherer und der Pressereferent Tom Weber wurden in Ihrem Amt bestätigt. Der Internetbeauftragte Dino Lampl wurde neu in das Amt gewählt. Die bisherigen Beisitzer Lorenz Breig, Gottfried Lehmann, Klaus-Dieter Steffan, Patrick Scherer und die neuen Beisitzer Stefan Polap, Michael Wurtz sowie die beiden Kassenprüfer Walter Nock und Xaver Riehle, erhielten alle insgesamt einstimmige Wahlergebnisse.

Staatssekretär Volker Schebesta war eigens dazu angereist, die Ehrung der langjährigen Mitglieder vorzunehmen. Für über 50-jährige Mitgliedschaft und der goldenen Ehrennadel wurde Hans-Jörg Trinkaus ausgezeichnet. Schebesta stellte klar, dass es lobenswert ist, ein halbes Jahrhundert die Treue zu halten und würdigte den Jubilar deshalb ganz besonders. Für 25 Jahre Mitgliedschaft dankte Schebesta dem Vorsitzenden Hannes Grafmüller, der in vielerlei Funktionen die Interessen der CDU aktiv vertritt. Er lobte sein Engagement als Mitglied im Kreisvorstand, als Vorsitzenden des Kreisverbandes der Mittelstandsvereinigung Ortenau und zuletzt auch als Vorsitzender des Stadtverbandes Zell am

Harmersbach, dass er auch schon seit 1998 neben seinem Kommunalamt als Stadtrat, CDU Fraktionsvorsitzender ausübt und steckte ihm die bronzene Ehrennadel an.

Weiterhin berichtete der Landtagsabgeordnete Schebesta aus dem kürzlich verabschiedeten Haushaltsplan des Landes und setzte insbesondere auf die Unterstützung des ländlichen Raumes sein Augenmerk. „Mit dem Flächenfaktor in der Berechnung der Mittelzuweisung des Landes, haben wir endlich den dringend notwendigen Strukturgleich geschaffen. So sind z.B. die Schlüsselzuweisungen für Zell am Harmersbach für diese Jahr um über 80 T€ gestiegen.“ Weitere Themen wie das Klimapakt der Bundesregierung, die Änderung der Landwirtschaft in den letzten 20 Jahren und der Wolf im Ortenaukreis, hatten große Diskussionen hervorgebracht.

Der Vorsitzende beschloss die Versammlung und dankte den Mitgliedern für ihre interessierten Fragen und Diskussionsbeiträge. „Nur durch den respektvollen Umgang miteinander ist es möglich, einen offenen und ziel führenden Meinungsaustausch zu führen.“

B+N TorTechnik

... immer in Bewegung!

- Lieferung und Montage von Neutore
- Reparaturen und Wartungen
- Schneller und zuverlässiger Kundenservice

B+N Tortechnik GmbH
Drei Linden 7
77746 Schutterwald
Telefon: +49 781 28404-0

www.tortechnik.com



Frank Stefan bleibt Kehler CDU-Vorsitzender

Mitgliederversammlung wählt neuen Vorstand

Die Kehler CDU hatte zur Mitgliederversammlung mit Neuwahlen und Ehrungen in das Europa-Hotel in Kehl eingeladen. Nach der Begrüßung durch Frank Stefan, seit 2014 Vorsitzender des CDU-Stadtverbands, und dem Gedenken an die seit der letzten Mitgliederversammlung verstorbenen CDU-Mitglieder überbrachte der Kreisvorsitzende Volker Schebesta die Grüße des Kreisverbands. In seinem Grußwort ging Schebesta, Staatssekretär im Kultusministerium von Ministerin Eisenmann, auch auf die aktuelle Schulpolitik ein. Auch wenn gerade aus den grenznahen Regionen zu Frankreich Kritik an der Verschiebung des ersten Fremdsprachenunterrichts von der ersten in die dritte Klasse laut würde, verteidigte Schebesta diese Entscheidung der Landesregierung: "Die gewonnenen Stunden in den ersten beiden Klassen kommen den Kindern in den Basiskompetenzen Deutsch und Mathematik zu gute."

Nach seinem Grußwort konnte Volker Schebesta zusammen mit Frank Stefan zwei Ehrungen für langjährige CDU-Mitglieder vornehmen: Seit 25 Jahren aktiv ist Monika Wittke aus Leutesheim, die sich auch stark in der Frauen Union engagiert - auf doppelt so viele Mitgliedsjahre, nämlich 50, kommt der Marlene Albin Oeschger. Frank Stefan ging in seinem Rechenschaftsbericht auf die Aktivitäten der Partei in den letzten beiden Jahren ein und hier insbesondere auf die Kommunalwahlen 2019. Trotz einiger Bürgerdialoge mit

sehr gutem Besuch sei es der CDU nicht gelungen, die bisherigen Mandate zu halten. Stefan begrüßte das Zusammengehen von CDU und FDP zur größten Gemeinderatsfraktion im Kehler Rathaus.

Für die Frauen Union berichtete deren Vorsitzende Sabine Denz über die politischen und kulturellen Veranstaltungen der letzten Jahre, die überwiegend auf Kreisebene stattgefunden hatten. Als besondere Highlight erwähnte sie den Besuch der Straßburger Synagoge sowie den Festakt im Landtag zu 100 Jahren Frauenwahlrecht. Anlässlich der Kommunalwahlen waren die Kehler CDU-Frauen auch bei der parteiübergreifenden Initiative Frida - Frauen in die Parlamente - aktiv.

Für die Kasse gab Schatzmeisterin Elvira Haag Auskunft. Trotz der Kosten der Kommunalwahlen sei die finanzielle Lage des Stadtverbands solide. Dies bestätigten auch die Kassenprüfer Heinz Rith und Fritz Vogt. Rith beantragte auch die Entlastung der Schatzmeisterin und des gesamten Vorstands.

Bei den Wahlen zum Vorstand, bei der der aus beruflichen Gründen aus dem Vorstand ausgeschiedene Stefan von Kobylinski als Wahlleiter fungierte, wurde Frank Stefan erneut zum ersten Vorsitzenden gewählt. Auch die bisherigen Stellvertreter Heinz Haag, Willy Kehret und Thomas Krippleber erhielten das



(v.l.n.r.) Volker Schebesta, Albin Oeschger, Monika Wittke, Frank Stefan

Vertrauen der Mitglieder. In ihren bisherigen Ämtern wurden Elvira Haag als Schatzmeisterin, Reiner Denz als Schriftführer sowie die Beisitzer Waldemar Gaus, Gudrun Heitz, Joachim Mätz und Hans Roser bestätigt. Neu im Vorstand sind als Beisitzer Sabine Denz, die in den vergangenen Jahren bereits ohne Stimmrecht als Vorsitzende der Frauen Union im Vorstand kooptiert war, Evelyne Lutz und Andreas Peschke. Neue Mitgliederbeauftragte ist das langjährige Vorstandsmitglied Gudrun Haen.

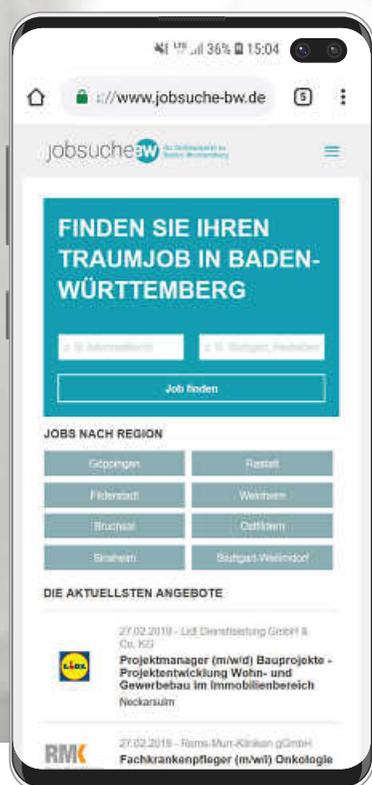
Nach den Wahlen berichtete der CDU/FDP-Fraktionsvorsitzende Richard Schüler aus dem Gemeinderat und über die wichtigen anstehenden Kehler Themen. Über den Eurodistriktrat, den Regionalverband sowie die Arbeit im Kreistag informierte Heinz Rith. Mit dem Angebot an die Bürgerinnen und Bürger, für Gespräche und Anliegen auch in den nächsten Jahren immer ein offenes Ohr zu haben, beendete Frank Stefan die Mitgliederversammlung.



(v.l.n.r.) Reiner Denz, Evelyne Lutz, Joachim Mätz, Gudrun Heitz, Frank Stefan, Sabine Denz, Willy Kehret, Waldemar Gaus, Heinz Haag, Hans Roser, Elvira Haag, Andreas Peschke (es fehlt Gudrun Haen)

Über 4.300 Jobs in Baden- Württemberg

Stand: 15.04.2019



inkl. Stellenanzeigen
aus den Lokalzeitungen

mobiloptimiert

jobsuche **BW**

Das neue Stellenportal für Baden-Württemberg

Im letzten Jahr hat Nussbaum Medien in seinen über 360 Amtsblättern und Lokalzeitungen ca. 40.000 Stellenangebote veröffentlicht. Umgerechnet entspricht dies ca. 800 Stellenangeboten pro Woche.

Auf www.jobsuchebw.de finden Sie ab sofort viele exklusive Stellenangebote aus unseren Amtsblättern und Lokalzeitungen, die ansonsten auf keinem weiteren Online-Stellenportal veröffentlicht sind. Darüber hinaus werden auf jobsucheBW auch Stellenanzeigen aus Partnerportalen mit ausgespielt.

jobsucheBW ist ein Angebot von





Rückblick

75 Jahre Kriegsende – ein Blick zurück

Im Frühjahr 1945 übergab ein gewisser Gottlob Hettler, ein Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges, sein Heimatdorf Eberdingen im früheren Kreis Vaihingen an der Enz an die vorrückenden Franzosen. Dies tat er, da man ihn kurz vor Kriegsende gebeten hatte, das Amt des kommissarischen Bürgermeisters zu übernehmen. Dabei ging er lediglich mit einer weißen Fahne los und tat dies ohne zu wissen, ob er abends wieder heil nach Hause kommen würde. Dieser mutige Schritt bedeutete zugleich das Kriegsende für seinen Heimatort.

Das Ende des 2. Weltkrieges, der Zerstörung und Verzweiflung über ganz Europa brachte, jährt sich in diesem Jahr zum 75. Mal. Doch auch nach dem vollständigen Zusammenbruch blieben seine Folgen noch langespürbar. Denn der lange Schlagschatten dieses Krieges bestimmte die bundesrepublikanische (Erfolgs-)Geschichte immer wieder maßgeblich. Zugleich haben diese historischen Debatten und politischen Kontroversen auch die Christdemokratie nachhaltig geprägt. Aus diesem Anlass möchten wir einige der historischen Wegmarken in den Fokus nehmen und wichtige Schlaglichter kurz beleuchten.

Im September 1949 machte der erste Bundeskanzler der jungen Bundesrepublik, Konrad Adenauer, bei seinem Antrittsbesuch auf dem Petersberg bei Bonn einen mehr als symbolischen Schritt vorwärts, so dass er auf einem Teppich zum Stehen kam. Diese Geste war ausdrücklich nicht erwünscht, denn ihm gegenüber standen die drei Hohen Kommissare der Westalliierten. Und Adenauers Platz jenseits des Teppichs sollte den Deutschen unmissverständlich klar machen, wo die Bundesrepublik stand. Nach bedingungsloser Kapitulation und vollständiger alliierter Besetzung hatte Deutschland nicht nur seine staatliche Souveränität verloren. Aufgrund all der schrecklichen Verbrechen des Krieges hatte es zudem seine moralische Integrität eingebüßt, so dass es kein gleichwertiges Mitglied der Völkerfamilie mehr war. Aber Adenauer war fest entschlossen, Deutschland zurück in die Völkergemeinschaft zu führen und es wieder zu einem verlässlichen und gleichrangigen Partner zu machen. Dafür wa-

ren zahlreiche Schritte nötig:

Westintegration als Basis der späteren Wiedervereinigung

Der Schlagschatten des 2. Weltkrieges bestimmte gerade in der jungen Bundesrepublik maßgeblich die politischen Weichenstellungen. Nicht nur, dass Deutschland geteilt worden war und faktisch unter alliierter Besatzung stand. Es ging zudem um die grundsätzliche Frage, wie man sich zukünftig im internationalen Mächtesystem positionieren sollte. Dabei lehnte Adenauer das Konzept einer staatlichen Neutralität zwischen den beiden ideologischen Blöcken strikt ab. Stattdessen verfolgte er konsequent den Weg einer entschiedenen Westintegration, das heißt einer engen Bindung an die freiheitlich-westlichen Demokratien unter Führung der USA. Dabei gelang es ihm, Deutschland von einem besiegten und besetzten Feind zu einem verlässlichen und gleichrangigen Partner zu machen, der in das westliche Bündnisssystem eingebunden wurde. So war es möglich, sukzessive viel verlorenes Vertrauen wiederzuerlangen.

In der Folge beendeten die westalliierten Besatzungsmächte im Jahr 1951 den offiziell immer noch bestehenden Kriegszustand mit Deutschland. Als letzte der vier Siegermächte folgte die Sowjetunion im Januar 1955 diesem Schritt. Daraufhin erlangte die Bundesrepublik mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 weitgehend ihre staatliche Souveränität zurück. Damit wurde gleichzeitig der alliierte Besatzungsstatus aufgehoben, sodass Deutschland fast auf den Tag genau 10 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wieder ein (größtenteils) souveräner Staat war. Zugleich war die Bundesrepublik durch ihre Aufnahme in die NATO seit 1955 fest in die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft integriert.

„Heimkehr der Zehntausend“

Der sicher emotionalste politische Erfolg Adenauers war – mehr als ein Jahrzehnt nach Kriegsende – die „Heimkehr der Zehntau-

send“. Im September 1955 war es ihm nach zähen Gesprächen in Moskau gelungen, die Freilassung der letzten noch verbliebenen, knapp 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus sowjetischer Gefangenschaft zu erreichen. Deren Heimkehr und die tiefe Emotionalität ihres Empfangs machten deutlich, wie unglaublich groß jene Wunden waren, die dieser Krieg mit all seinen schrecklichen Folgen gerissen hatte. Stellvertretend hierfür steht das Bild einer älteren Frau, deren Ehemann unter den Heimkehrern war und die, als Ausdruck zutiefst empfundener, unendlicher Dankbarkeit, einen Kniefall vor dem alternen Bundeskanzler machte.

Auschwitzprozesse

Eine weitere historische Wegmarke waren zweifelsohne die Auschwitzprozesse, die die deutsche Öffentlichkeit, knapp zwanzig Jahre nach Kriegsende, erstmals dazu zwangen, sich umfassend juristisch mit dem Massenmord an den europäischen Juden zu befassen. Der erste dieser Prozesse gegen früheres SS-Personal im Vernichtungslager Auschwitz begann im Dezember 1963 vor dem Landgericht Frankfurt am Main und dauerte mehr als eineinhalb Jahre. Er war zugleich der größte Strafprozess in der bisherigen deutschen Nachkriegsgeschichte. Treibende Kraft war der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer gewesen, der die juristische Aufarbeitung maßgeblich vorantrieb. Dabei stieß Bauer auf mitunter starken Widerstand, auch aus Kreisen der Justiz, von dem er sich jedoch nicht beirren ließ.

Die Rede Richard Freiherrn von Weizsäckers

Einen tiefen Einschnitt, gerade auch in konservativen Unionskreisen, stellte zweifelsohne jene Rede dar, die Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes hielt. Sein Ausspruch vom 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ war für viele – auch und gerade in konservativen Kreisen – nur schwer zu akzeptieren. Dies galt insbesondere für jene, die den Krieg als junge Wehrmachtssoldaten selbst miterlebt hatten. Denn sie mussten die bedingungslose Kapitu-

75 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs

lation als junge Soldaten natürlich als militärische Niederlage empfunden haben. Zudem bedeutete das Kriegsende für viele eine nach wie vor schmerzliche persönliche Erinnerung, die sie mit dem tragischen Verlust der eigenen Heimat in den früheren deutschen Ostgebieten verbanden. Dabei wirkt Weizsäckers Rede umso beeindruckender, wenn man bedenkt, dass er selbst den gesamten Krieg als Wehrmachtssoldat, und große Teile davon an der Ostfront, miterlebt hatte und sein älterer Bruder, der mit ihm im selben Regiment diente, schon in den ersten Tagen des Polenfeldzuges gefallen war. Er kannte also den unfassbar schmerzlichen Verlust, den dieser mörderische Krieg verursachen konnte. Umso ehrenvoller muss daher die Würdigung für das Werk dieses wahrhaft großen Staatsmannes ausfallen.

Die deutsche Wiedervereinigung

Dabei beschäftigte die Erinnerung an den Krieg keineswegs nur die Deutschen selbst. Dies wurde überraschend deutlich, als nach dem Fall der Mauer die ersten Bestrebungen einer deutschen Wiedervereinigung aufkamen. So titelten beispielsweise englische Boulevardzeitungen in großen Lettern vom drohenden „4th Reich“, einem 4. Reich, das mancher bereits unheilvoll aufziehen sah. Wenngleich uns diese Ängste nach 30 Jahren erfolgreicher Wiedervereinigung heute merkwürdig fremd erscheinen, so waren sie damals doch sehr real und prägten mitunter die öffentliche Meinung gerade in Großbritannien und Frankreich. So warnten im Hinblick auf die „deutsche Frage“ sowohl Margaret Thatcher als auch François Mitterrand vor einer Störung des europäischen Gleichgewichts durch eine befürchtete deutsche Dominanz. Dabei war es zweifelsohne das große Verdienst von Helmut Kohl, diese mitunter massiven Vorbehalte überwinden zu können. Nämlich indem es ihm glückte, die vormaligen Alliierten davon zu überzeugen, dass auch ein wiedervereintes und damit größeres Deutschland ein ebenso zuverlässiger politischer Partner in der Mitte Europas bleiben würde.

Ob wir dies wollen oder nicht, das Erbe des 2. Weltkrieges begleitet uns bis heute. Dabei liegt es an uns, was wir aus diesem Erbe machen. Wenn wir uns mit Stolz und Gestaltungswillen an solch mutigen Männern wie Konrad Adenauer, Richard von Weizsäcker, Helmut Kohl und meinem Urgroßvater orientieren, dann können wir Christdemokraten voller Zuversicht sein.



Die CDU Baden-Württemberg zum 8. Mai 2020

„Wir müssen den Frieden jeden Tag neu erarbeiten“

Am 8. Mai jährte sich das Ende des zweiten Weltkriegs in Europa zum 75. Mal. Dazu erklärt der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, der stellvertretende Ministerpräsident Thomas Strobl: „Der 8. Mai markiert zeitgleich Ende und Anfang. Er markiert das Ende des abscheulichsten Abschnitts unserer Geschichte, voller Verbrechen und Unrecht. Er markiert gleichzeitig den Anfang von 75 Jahren Einigkeit und Recht und Freiheit, einen Neubeginn, auf den wir auch mit Stolz blicken können.“

Mit diesem Tag geht für uns eine große Verantwortung einher. Wir kennen diesen Krieg aus Geschichtsbüchern oder teilweise aus Erzählungen unserer Großeltern und Eltern. Wir haben das große Glück, in einem friedlichen

Deutschland aufgewachsen zu sein. Doch allein der Blick in die jüngere Vergangenheit zeigt, dass das nicht selbstverständlich ist. Wir müssen den Frieden jeden Tag neu erarbeiten. Wir gehen daher verantwortungsvoll mit der Erinnerung an diesen schrecklichen Krieg um. Denn wir sind verpflichtet, so zu handeln, dass sich das Unfassbare nicht wiederholt.

Wir werden den 75. Jahrestags des Kriegsendes wegen der Corona-Pandemie nicht mit den geplanten Gedenkveranstaltungen begehen können, aber wir werden diesen Tag besonders in unseren Gedanken tragen. Und gerade die Zeiten von Corona zeigen uns einmal mehr, dass rein nationales Denken in die Sackgasse führt.“

Kompetenz. Und Gottvertrauen.



Psychotherapie, Psychiatrie,
Psychosomatik
auf christlicher Basis.

*Meine Seele
verdient die beste
Behandlung.*

Besuchen Sie uns auf www.deignis.de





Social Media

Tipps für Ihre digitale Präsenz

Schon Obama 2006 hat gezeigt, dass Social Media perfekt ist, um potentielle Wähler mit ihren Sorgen und Beweggründen zu identifizieren und um mit ihnen direkt in Kontakt zu treten. Der Erfolg der Obama Kampagne hat dadurch das fundamentale Modell hinter Wahlkämpfen auf allen Ebenen aufgerüttelt. Nicht länger sind offline Maßnahmen der Großteil des Wahlkampfbudgets, sondern signifikante Ressourcen werden in den Aufbau von digitalen Werbekanälen gesteckt: Von Social Media Plattformen, zu Suchmaschinen und Messenger Marketing.

Von den Tools, die intern zur Kommunikation verwendet werden, bis hin zu den Wegen, mit denen Politiker mit der Öffentlichkeit kommunizieren: Digital spielt mittlerweile die Hauptrolle in jeder politischen Kampagne. Noch nie gab es einen effizienteren Weg eine Kampagne zu planen, zu organisieren und schlussendlich dafür Wähler zu mobilisieren. Genauso wie TV Politiker erstmals in die Wohnzimmer brachte, bringt Social Media jetzt die Stimmen der Wähler in die Büros der gewählten Vertreter, Entscheidungsträger und Aktivisten.

Die Verantwortung für die eigenen digitalen Kanäle trägt dabei jeder Politiker und jeder Verband selbst. Und nur wenn hier alle an einem Strang ziehen, kann der sogenannte Echokammer-Effekt erzielt werden, der heute zu großem Wahlerfolg führt.

Das Ganze hat auch darüber hinaus Bedeutung, denn es liegt an allen pro-europäischen Zentrumskräften, die digitale Welt nicht nur den Populisten und extremen Rändern zu überlassen. Wer digital nicht ernstnimmt, macht es heute den Populisten einfach. Denn der Wahlkampf findet für den Wähler digital statt, egal ob man daran teilnimmt oder nicht. Wer nicht darauf vertreten ist, wird von Wechselwählern auch nicht in Erwägung gezogen, wenn es in die Wahlkabine geht.

Der erste Schritt dazu ist die eigene Präsenz zu pflegen und den Content auf die speziellen Anforderungen von mobilen Plattformen und der modernen Aufmerksamkeitsökonomie an-

zupassen. Um Ihnen dabei zu helfen, haben wir folgende Tipps zusammengestellt, damit Ihre digitale Präsenz auch echte Resultate liefert:

Fokus auf visuell starke Videos

Dass Videos das wichtigste Kommunikationsmittel geworden sind, hat sich bereits rumgesprochen. Jedoch ist entscheidend, dass diese auch visuell spannend sind. Der Wähler möchte sich nicht einfach nur 60 Sekunden in die Kamera gesprochenen Monolog ansehen. Optimieren Sie das Video für mobil, achten Sie darauf, dass es am Anfang etwas gibt, das die Wähler beim Scrollen stoppt, und stellen Sie sicher, dass man das Video auch mit deaktiviertem Ton verstehen kann (zum Beispiel über Untertitel).

Kurz halten

Durchschnittlich investieren Nutzer maximal einige wenige Sekunden in einen Post. Deshalb sollte Content auch darauf optimiert werden. Innerhalb von maximal 15 Sekunden sollten alle wichtigen Botschaften vorkommen, die Sie platzieren möchten. Wenn Ihre Botschaft länger ist, wird sie ohnehin zu kaum Interaktion führen. Die Zeit der Wähler ist kostbar – behandeln Sie sie auch so.

Botschaft zuerst

Der alte Weg zum Beispiel in Videos Geschichten zu erzählen, ist dadurch geprägt, dass die Hauptbotschaft erst am Schluss kommt, nachdem die Spannung aufgebaut wurde. Diese Zeit geben einem Wähler heute jedoch nicht mehr.

Deshalb ist es wichtig immer mit der Hauptbotschaft zu beginnen, sei es in Videos oder auf der Webseite. Stellen Sie außerdem sicher, dass auch bei nur kurzer Aufmerksamkeit des Nutzers Ihr Name oder Ihr Logo klar sichtbar sind.

Investment an Ziel anpassen

Stellen Sie sicher, dass ein vernünftiger Anteil Ihres Budgets für digitale Maßnahmen reser-

viert ist. Die Kosten für Content Produktion und Werbung werden oft unterschätzt. Es zahlt sich aus, in einen guten Content Spezialisten im eigenen Team zu investieren.

Erster sein und Vorsprung gewinnen

Die digitale Welt ändert sich enorm schnell und laufend kommen Plattformen dazu. Als Kampagne muss man hier schnell und effizient analysieren, wie diese in die eigene Strategie implementiert werden können. Dies ist speziell wichtig, wenn man jüngere Wähler ansprechen möchte, deren Aufmerksamkeit sich oft auf neue Plattformen fokussiert.

Kampagnen, die schnell und flexibel reagieren, werden dafür oftmals mit starker Sichtbarkeit zu geringen Kosten belohnt. Zum Beispiel eignet sich im Moment LinkedIn hervorragend, um als wirtschaftsaffiner Politiker an Reichweite zu gewinnen.

Echte Interaktion mit der Community

Social Media definiert sich darüber, dass es kein einseitiger Kommunikationskanal ist. Nutzer wollen echten Dialog und es liegt an uns, diesen zu bieten. Antworten Sie auf Kommentare, bedanken Sie sich für den Input und stellen Sie sicher, dass nichts unbeantwortet bleibt. Das zeigt Wählern, dass es sich um eine echte Person hinter der Seite handelt, die wirkliches Interesse an ihren Sorgen und Wünschen hat. Wenn Ihr Kanal hingegen nicht authentisch und lieblos wirkt, verliert Ihr Kanal schnell an Mehrwert und das äußert sich dann in geringeren Interaktionsraten.

Natürlich gibt es noch viele weitere Elemente, die zu beachten sind. Aber wenn Sie die Basis richtig machen, haben Sie alle Voraussetzungen, um im nächsten Wahlkampf gut abzuschneiden.

Thomas Ilk, Managing Partner, Bacon & Bold
Chase Helton, Political Digital Strategist, Bacon & Bold

Bild: Thomas Ilk bei der Klausurtagung der CDU Baden-Württemberg in Kloster Schöntal

Social Media

Professionelle Grafiken ohne rechtliche Fallstricke

Die sozialen Medien leben in hohem Maße von guten Bildern: Die gleiche Reichweite in Form einer „Textkachel“ (also einer Grafik bestehend aus einem passenden Bild mit einem kurzen Text) bekommt oft ein Vielfaches der Reichweite von einfachen Textbeiträgen.

Das Urheberrecht beachten

Auch wenn viele auf Facebook & Co. nicht so genau danach schauen, woher ein Bild kommt, gilt das Urheberrecht doch auch hier. Gerade wir als CDU-Verbände sollten dieses zwingend beachten und entsprechend ohne ausdrückliche Zustimmung des Urhebers der Bilder (Fotograf) oder der Rechteinhaber (Agenturen, Bilddatenbanken) keine Bilder auf unseren Webseiten verwenden.

Vermeiden Sie daher das „Kopieren und Einfügen“ von Bildern aus dem Internet – große Bildagenturen und deren Kanzleien durchsuchen routinemäßig und softwarebasiert das Internet auf unlicenzierte Verwendung ihrer Werke und mahnen die unlicenzierte Nutzung ihrer Bilder ab. Auch in den letzten Monaten erhielten einige CDU-Verbände Abmahnungen, weil sie – auf ihrer Internetseite, auf sozialen Medien, aber auch in Ortsblättern – Fotos verwendet haben, an denen sie keine Nutzungsrechte hatten.

Daher bietet es sich zunächst an, Bilder aus Ihrem eigenen Fundus zu verwenden. Sollten Sie dennoch „fremde Bilder“ aus dem Internet benötigen, buchen Sie die Nutzungsrechte dieser Bilder nur über seriöse Webseiten und Bilddatenbanken. Achten Sie dabei auf die richtigen Nutzungsrechte. Wenn Sie die Bildrechte nur für Print erworben haben, dürfen Sie das Foto z. B. nicht bei Facebook benutzen.

Sichere Bildquellen sind:

- » Die allgemeine Mediathek im Online-Design-Portal der CDU Baden-Württemberg unter bw.cdu-wahlkampf.de (zur Nutzung innerhalb des Portals)
- » Die Multimedia-Datenbank der CDU Deutschlands (Achtung: Loggen Sie sich mit Ihren CDU-Plus-Zugangsdaten ein, um auch die Kategorie „Themenbilder“ zu sehen): www.bilder.cdu.de
- » Darüber hinaus finden sich zu vielen Themen frei nutzbare Bilder in Bilddatenbanken, beispielsweise pixabay.com

Bilder für CDU-Seiten aufbereiten

Es gibt zahlreiche öffentlich verfügbare „Kachel-Generatoren“ wie etwa canva.com. Diese haben jedoch grundsätzlich den Nachteil, dass dort keine Gestaltungselemente der CDU hinterlegt sind und Ihre Ergebnisse insbesondere nicht in der richtigen Schriftart gesetzt sind. Wir empfehlen Ihnen daher, eines der Tools der CDU zu nutzen.

Die **CDU Baden-Württemberg** bietet in ihrem Online-Design-Portal entsprechende Grafiken an:

- » Gehen Sie auf bw.cdu-wahlkampf.de und loggen sich ein bzw. registrieren sich neu (dafür muss eine Rechnungsadresse angegeben werden, die Social-Media-Grafiken sind jedoch kostenlos).
- » Gehen Sie auf die Kategorie „Facebook-Elemente“.
- » Wählen Sie die Vorlage, die Ihnen am meisten zusagt, laden Sie die passenden Bilder hoch und bearbeiten die Texte.



Hinweis:

Derzeit finden Sie in unserem Portal noch die Vorlagen in der Werbelinie zur Kommunalwahl. Diese werden wir jedoch bis zu den Sommerferien überarbeiten, modernisieren und optisch an die Werbelinie zur Landtagswahl anpassen.

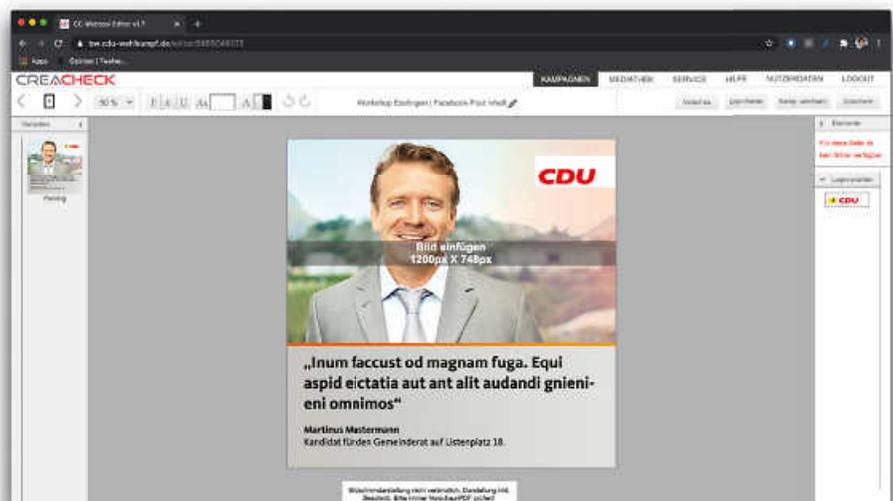
Darüber hinaus gibt es im CDU Plus ein Design-Tool der **CDU Deutschlands** mit Vorlagen in der Optik der letzten Bundestagswahl. Dieses erreichen Sie wie folgt:

- » Gehen Sie auf cduplus.cdu.de und loggen sich ein bzw. registrieren sich mit Ihrer Mitgliedsnummer.
- » Gehen Sie im Menü auf „Druck, Bild und Online“ – „Design-Tool“.
- » Wählen Sie am besten eine der beiden Vorlagen „Facebook-Kachel: kurze Botschaft mit Bild (720x603px)“ oder „Facebook-Kachel: Zitatkachel (720x603px)“ (bzw. die entsprechenden Vorlagen für Instagram und Twitter, um diese Kanäle zu bedienen).
- » Auch hier können Sie die Grafiken auf einfache Weise anpassen und herunterladen.

Inhalte der Landes-CDU nutzen

Natürlich müssen Sie sich auch nicht jedes Mal die Arbeit machen, eigene Grafiken zu erstellen, wenn es um landes- oder bundespolitische Themen geht:

- » Teilen Sie Inhalte der Seiten „CDU Baden-Württemberg“ und „Susanne Eisenmann“ auf Ihren CDU-Kanälen.
- » Gelegentlich versenden wir Vorlagen an die Verbände. Lassen Sie sich gerne auf den Verteiler aufnehmen: cdu.org/socialmedia.



Im Online-Design-Portal der CDU Baden-Württemberg finden Sie alle Druckprodukte, die Sie für Ihre Parteiarbeit benötigen – demnächst auch in der Werbelinie zur Landtagswahl! Schauen Sie rein: bw.cdu-wahlkampf.de

Schlusspunkt des Generalsekretärs



Mehr als 250 Funktions- und Mandatsträger aus ganz Baden-Württemberg sind zum ersten Digitalen Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg mit der CDU-Spitzenkandidatin, Ministerin Dr. Susanne Eisenmann, dem Landesvorsitzenden, Minister Thomas Strobl, und dem

Generalsekretär, Manuel Hagel MdL, zusammengekommen. Für Manuel Hagel war danach klar: „Die digitale Premiere heute hat gezeigt: Wir sind bis in die Haarspitzen motiviert! Und wir sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein.“



Der große Konferenzraum in der Landesgeschäftsstelle wurde für Videokonferenzen umgerüstet. Bei Sitzungen des Landesvorstands und anderer Gremien haben die jeweiligen Vorsitzenden die anderen Teilnehmer so jederzeit im Blick.

Unsere Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann war bereits gemeinsam mit einigen Abgeordneten über Facebook live und Instagram live im Gespräch mit den Menschen im Land.



Für manche Online-Veranstaltungsformen wurde auch improvisiert – so musste beim Gespräch von Thomas Strobl und Manuel Hagel MdL mit der JU Württemberg-Hohenzollern eine Postkiste als Laptopständer erhalten.



Schlusspunkt des Generalsekretärs

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

Scheinwerfer, Kameras, eine 12,5-Quadratmeter-Messewand und drei Stelen mit Trennwänden dazwischen – drei Personen in einem Raum und über 250 Menschen im ganzen Land verteilt vor ihren Bildschirmen: In Zeiten von Corona sieht so eine Großveranstaltung der CDU Baden-Württemberg aus.

Digital ist das neue Normal

Aktuell gilt: Digital ist quasi das neue Normal. Das war schon vor Corona immer öfter so, in den letzten Monaten mussten wir aber alle noch einen Gang hochschalten. Wir fangen keineswegs bei null an. Im Gegenteil, wir sind jetzt schon seit einigen Jahren dabei, unsere CDU immer digitaler zu gestalten.

Aus der letzten Kommunalwahl kennen viele von Ihnen bereits unser Web-to-Print Angebot, ein Online-Design-Portal mit dem Sie aus Vorlagen Ihre personalisierten Werbemittel ganz einfach erstellen können. Von der „Facebook-Kachel“ bis zum Plakat ist für alle etwas dabei. Auf unseren großen Veranstaltungen ist unsere Social-Media-Lounge mittlerweile ein fester Bestandteil und die Sozialen Medien von Instagram bis Twitter gehören selbstverständlich zum Kommunikationsmix unserer Partei. Von all dem profitieren wir in diesen Tagen gleich doppelt.

Auch Gremienarbeit kann in Zeiten von Corona nicht in der klassischen Präsenzsitzung stattfinden. Hier gehen wir daher ganz neue Wege. So hatten wir in den vergangenen Wochen diverse Premieren: die erste digitale Präsidiumssitzung, der erste digitale Landesvorstand, die ersten digitalen Sitzungen unserer Landesfachausschüsse und nicht zuletzt die erste digitale Kampagnenkonferenz

der CDU Baden-Württemberg. Und vor allem letztere hat richtig Spaß und Lust auf mehr gemacht. Wir haben uns am 8. Mai mehr als zwei Stunden lang ausgiebig und konzentriert ausgetauscht. Mit unserer Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann, unserem Landesvorsitzenden Thomas Strobl und unseren Agenturen haben wir unseren Fahrplan 2021 zur Landtagswahl beraten.

Wir machen dabei auf virtuellem Weg das, was eine Volkspartei ausmacht: nämlich lebendig miteinander in Austausch kommen.

- » Digital
- » Direkt
- » Deutlich

Das ist die Handschrift der CDU. Und so werden wir unsere Arbeit auch auf dem Weg zur Landtagswahl und darüber hinaus weiterentwickeln.

Wie sehr unsere Partei trotz Corona lebt, haben uns auch unsere Verbände mit ihrer großartigen Kreativität gezeigt. Mit Veranstaltungen in Autokinos oder auf Sportplätzen kamen unsere CDU-Verbände in den vergangenen Wochen auch an ganz neuen Orten zusammen und hielten den derzeit so wichtigen Abstand ein. Danke, dass Sie vor Ort in den Verbänden so engagiert sind – egal ob in digitaler oder analoger Form. Sie tragen damit ganz entscheidend zur lebendigen Volkspartei CDU bei – dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Wir sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein

Seit vielen Wochen, mittlerweile seit Monaten, erleben wir einen neuen Alltag. Trotz der nun mehr und mehr möglichen Lockerungen bleibt es eine Ausnahmesituation, die uns allen viel abverlangt – dessen bin ich mir, sind

wir alle uns, sehr bewusst. Die vergangenen Wochen haben aber auch gezeigt: Wir als CDU in Baden-Württemberg sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein. Wir halten zusammen – gerade auch in schwierigen Zeiten. Wir stellen uns auf neue Situationen ein und lernen auch für die Zukunft daraus, wie wir unsere Arbeit, wie wir unsere Partei noch besser machen und weiterentwickeln können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer.

Passen Sie auf sich und Ihre Lieben auf und bleiben Sie vor allem gesund!

Herzliche Grüße

Ihr



Manuel Hagel Mdl.
Generalsekretär



Schützen wir unsere Einsatzkräfte!

**DANKE
POLIZEI
& Rettungskräfte**

„In jeder Uniform steckt ein Mensch“

Wir können nicht akzeptieren, dass Angriffe auf unsere Polizei und Rettungskräfte zunehmen. Diejenigen zu schützen, die sonst andere beschützen – das ist unser klares Ziel. Wir zeigen null Toleranz bei Ausschreitungen und Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte. In Stuttgart hat die Stadt zu lange zugesehen. Abwarten ist keine Alternative mehr – wir müssen jetzt handeln!

Sei dabei und setz ein Zeichen für mehr Sicherheit auf unseren Straßen!

**Trag Dich jetzt ein und zeige Deine Unterstützung
für unsere Polizei- und Rettungskräfte!**

Gemeinsam für ein sicheres Baden-Württemberg für alle!



einsatzkraefte-schuetzen.cdu-bw.de